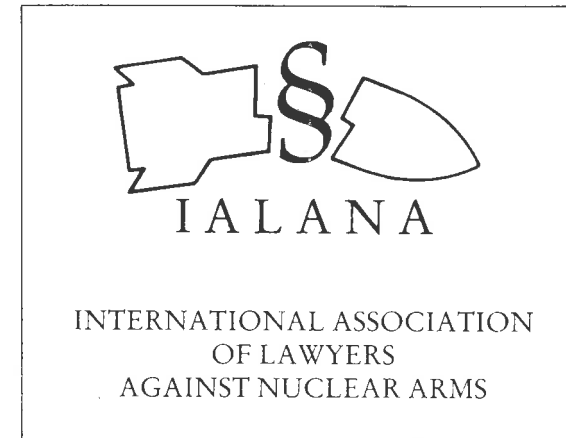


IALANA - Sektion Bundesrepublik Deutschland



**Über den Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen hinaus:
Schritte zu einer atomwaffenfreien Welt**

**Zusammenfassung einer Studie des International Network of
Engineers and Scientists Against Proliferation (INESAP)**

Beyond the NPT: A Nuclear - Weapon - Free World

Executive Summary of the INESAP document

IALANA - Schriftenreihe

Band 8

Herausgeber: Vorstand der Deutschen Sektion der IALANA e.V.

**Geschäftsstelle: Gisonenweg 9, 35037 Marburg
Postfach 1169, 35001 Marburg
Telefon: 06421 / 23027
Telefax: 06421 / 15828**

IALANA-Eigenverlag

September/Oktober 1995

VORWORT

Im August jährten sich zum 50. Mal der zweite und dritte Atomwaffentest, die Abwürfe der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Wie bei den 49 vorhergehenden Jahrestagen wurde der von Menschen erdachten und gezielt umgesetzten Katastrophe mit Trauer, Erschrecken, Mahnungen, aber auch Entsetzen und Wut gedacht.

Dennoch haben weder das Erinnern, noch das Wissen um die Möglichkeit, in Sekundenschnelle vor allem menschliches Leben auslöschen oder für Generationen in seiner körperlichen Integrität beeinträchtigen zu können, die Machthabenden in den vergangenen 50 Jahren veranlaßt, die Gefahr der Wiederholung zu bannen. Seit 25 Jahren haben sich die Atomkräfte - und in-zwischen insgesamt 178 Staaten - **völkerrechtlich** verpflichtet, Atomwaffen vollständig abzuschaffen (Art. VI Atomwaffensperrvertrag <NVV/NPT>).

Dennoch wird die Welt noch heute von 48.000 Nuklearsprengköpfen "beschützt", indem diese den jeweils anderen Staat vor dem Einsatz eigener A-Waffen abschrecken sollen. Logischerweise machen sich die Waffen damit gegenseitig überflüssig.

Dieses Regime der Abschreckung erforderte zusätzlich fast fünfzig Jahre hindurch die Überprüfung der Einsatz- und Funktionsfähigkeit der Waffe durch eine aberwitzige Anzahl von Atomwaffentests - überirdisch, unterirdisch, seit geraumer Zeit in Labors und- neuerdings auch durch Computersimulation.

Tote, strahlenverseuchte Menschen, Tiere, Landstriche und Meere sind in Kauf genommen worden. Stellvertretend für das testierte Grauen stehen das Bikini- und das Mururoa-Atoll.

Erinnern und Wissen allein ändern also nichts. Menschen neigen dazu das Machbare auch zu tun. In Erkenntnis dieser Situation wächst weltweit der Wunsch nach einer **atomwaffenfreien** Welt - als einzigem Ausweg aus diesem Dilemma.

Dieser Wunsch muß und darf nicht Illusion oder Utopie bleiben.

Die IALANA möchte als kleinen Baustein die Studie der INESAP (International Network of Engineers and Scientists Against Proliferation) im norddeutschen Raum vorstellen. Mit der Studie beabsichtigt INESAP ein wissenschaftliches Dokument vorzulegen, "das über den NVV hinausweist und den Übergang vom bisherigen Nichtverbreitungs-Regime in ein Regime der atomwaffenfreien Welt skizziert". Die Studie beschreibt detailliert wie eine Welt frei von Atomwaffen funktionieren würde, indem sie eine Strategie vorschlägt und die Schritte vorgibt, mit denen das klar umrissene Ziel zu erreichen ist.

Die Vorstellung dieser Studie durch die IALANA hat das Ziel die Diskussion zur "Entnuklearisierung" in Deutschland zu fördern, und das Bewußtsein für die Durchsetzbarkeit einer Welt ohne Atomwaffen wachzurufen oder wesentlich zu stärken.

Der Vorstand

der deutschen Sektion der IALANA e.V.

Marburg im Oktober 1995

Inhaltsverzeichnis / Contents

A. I Über den Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen hinaus: Eine atomwaffenfreie Welt

Einleitung

<i>1. Die atomwaffenfreie Welt</i>	1
1.1 Ein nicht notwendiges Ziel	3
1.2 Transformation des Nichtverbreitungsregimes	4
1.3 Nuklearwaffenkonvention	5
1.4 Gegenwärtige Einwände	5
1.5 Kontrolle und Verifikation	6
1.6 Sicherheit in einer atomwaffenfreien Welt und ihre Durchsetzung	7
1.7 Schritte hin zu einer atomwaffenfreien Welt	7
<i>2. Schritte hin zu einer atomwaffenfreien Welt</i>	
2.1 "Abrüstungswettlauf" zwischen den Kernwaffen- staaten	8
2.2 Stop der Produktion und Lagerung von nuklear- waffenfähigen Materiale (Cutoff)	9
2.3 Nichtverbreitung und Abrüstung von atom- waffentauglichen Trägersystemen	10
2.4 Regionale Ansätze zu einer atomwaffenfreien Welt	11

II. IALANA: Vom Nichtverbreitungsvertrag zur Atomwaffen- freiheit - 10 Thesen zur Diskussion

13

B. I. Beyond the NPT: To a Nuclear-Weapon-Free World SUMMARY of the INESAP-Study	p 1
II. IALANA: FROM THE NPT to a NUCLEAR-WEAPON FREEDOM -10 Theses -	p 13
Anhang I: Erklärung des Nichtregierungsabhängigen Gremium "Atomwaffen abschaffen" zur NV-Konferenz New York, Mai 1995	23
Anhang II: Aufruf des NGO-Gremiums an die Delegation der NV-Konferenz, New York, 10. Mai 1995	26

Eine atomwaffenfreie Welt

Über den Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen hinausgehen

Im Sommer 1994 hat das International Network of Engineers and Scientists Against Proliferation (INESAP) die Studiengruppe »Beyond the NPT« (Über den Nichtverbreitungsvertrag hinaus) gegründet. Sie besteht aus einer 50-köpfigen internationalen Gruppe von Naturwissenschaftlern, Ingenieuren und Experten anderer Fachrichtungen, die das Konzept einer atomwaffenfreien Welt und die Schritte dorthin sorgfältig untersucht haben. Der Hauptzweck der Studiengruppe ist es, das (kurzfristige) öffentliche Interesse am Nichtverbreitungsvertrag (NVV) zu transformieren in ein langfristiges Interesse daran, wie eine atomwaffenfreie Welt zu erreichen ist.

Es ist keine Frage, daß der NVV verlängert werden mußte, da er die einzige bestehende Barriere gegen Proliferation (Weiterverbreitung und Weiterentwicklung von Atomwaffen) ist und zur nuklearen Abrüstung aufruft. Trotzdem muß die Nichtweiterverbreitungs- und Abrüstungsagenda für Atomwaffen, die über die Verlängerung des NVV hinaus erforderlich ist, dringend zur Sprache gebracht werden. Diese Agenda ist um so wichtiger, als sich das diplomatische Tauziehen im Vorfeld der NVV Überprüfungs- und Verlängerungskonferenz hauptsächlich auf die Verlängerungsfrage selbst verengt hatte. Die Notwendigkeit nuklearer Abrüstung und effektiver Beendigung der nuklearen Weiterverbreitung wird nicht einfach durch die Verlängerung des NVV beantwortet.

Die Absicht der von INESAP erstellten Studie ist es, ein wissenschaftliches Dokument vorzustellen, das über den NVV hinausweist und den Übergang vom bisherigen Nichtverbreitungs-Regime in ein Regime der atomwaffenfreien Welt skizziert. Vorläufige Ergebnisse der INESAP-Studiengruppe sind in dem 180-seitigen Dokument »Beyond the NPT: A Nuclear-Weapon-Free World« (Über den NVV hinaus: Eine atomwaffenfreie Welt) zusammengefaßt. Diese Studie ist ein Beitrag zur Arbeit der Internationalen Koalition für nukleare Non-Proliferation und Abrüstung (International Coalition for Nuclear Non-Proliferation and Disarmament), deren Mitglied INESAP ist. Das Dokument wurde im Rahmen einer Veranstaltung der Internationalen Koalition, dem Forum zur Abschaffung von Nuklearwaffen (Forum for the Elimination of Nuclear Weapons), am 25. April 1995 in New York vorgestellt.

Das INESAP Dokument vertritt das Konzept der Abschaffung nuklearer Waffen in der Hoffnung, daß der Verlängerung des NVV multilaterale Verhandlungen für eine Nuklearwaffenkonvention (NWK) folgen. Es untersucht auf der Basis technischer Expertise von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren, wie dieses Ziel aussehen könnte, und was es bedeutet, von hier dorthin zu gehen. Wenn vollständige nukleare Abrüstung Realität werden und nicht nur ein Traum bleiben soll, muß detailliert beschrieben werden, wie eine Welt frei von Atomwaffen funktionieren würde; das Ziel muß klar formuliert sein, und es muß eine Strategie vorgeschla-

gen werden, die die Schritte vorgibt, um diese Ziele zu erreichen. Weiterhin müssen viele Menschen ermutigt werden, entsprechend dieser Ideen in der Zukunft zu handeln. Dies ist eine Herausforderung für die nächsten Jahrzehnte, aber die NVV-Konferenz kann bereits als ein Wendepunkt in der globalen Nuklearpolitik angesehen werden.

Es folgt die deutsche Übersetzung des Executive Summary der INESAP Studie, das die wichtigsten Ergebnisse enthält. Die Autorenschaft dieser Zusammenfassung besteht größtenteils aus den Koordinatoren der verschiedenen Kapitel der Studie.

Fernando Barros (Brasilien), Praful Bidwai (Indien), Frank Blackaby (England), Mike Casper (USA), Martin Kalinowski (Deutschland), Wolfgang Liebert (Deutschland), Marco Martinez (Mexiko), Luis Masperi (Argentinien), Zia Mian (Pakistan), Abdul Nayyar (Pakistan), Götz Neuneck (Deutschland), Joseph Rotblat (England), Jürgen Scheffran (Deutschland), Dingli Shen (China), Jinzaburo Takagi (Japan)

1. Die atomwaffenfreie Welt

1.1 Ein notwendiges Ziel

Die atomwaffenfreie Welt ist längst mehr als nur eine phantastische Idee. Sie wird inzwischen auch von Strategen, Militärexperten und früheren US-Verteidigungsministern ernst genommen. Auch sie gestehen nämlich jetzt ein - was die Friedensbewegung schon vor Jahren getan hat -, daß Nuklearwaffen die Sicherheit der Atommächte eher verringern als erhöhen. Dieser Umdenkungsprozeß, mit dem gleichzeitig die Denkkonzepte aus dem Kalten Krieg verschwinden, wird auch den inoffiziellen Kernwaffenstaaten helfen, ihre Option auf Nuklearwaffen aufzugeben.

Atomwaffen sind nicht geeignet oder notwendig, um jede mögliche Bedrohung durch andere Kernwaffenstaaten abzuschrecken oder das Risiko eines größeren Krieges zu verringern. Im Gegenteil, wenn eine kleine Zahl von Staaten weiterhin Atomwaffen besitzt und Pläne ausarbeitet, diese für die Durchsetzung regionaler Sicherheitsinteressen einzusetzen, wird dadurch sicherlich der wahrgenommene Wert dieser Waffen ansteigen und dann ebenfalls die damit verbundenen Gefahren der Weiterverbreitung.

Einige, die diese Argumentation im Prinzip akzeptieren, lehnen dennoch die letzte Konsequenz ab: Sie verschieben die letztendliche Beseitigung der Atomwaffen auf eine unbestimmte Zukunft.

Dies reicht nicht aus. Es gibt keine dauernde globale Stabilität auch bei Existenz nur kleiner Atomwaffenarsenale. Es bestehen nur zwei Optionen: Die erste will eine Nulllösung - die totale Beseitigung nuklearer Waffen. Die andere bedeutet langfristig die Weiterverbreitung von Atomwaffen an viele Nationen. Die erste Option ist zu bevorzugen, da sie viel weniger gefährlich ist als die zweite. In einer Welt, in der Atomwaffenmächte behaupten, eine Politik der »minimalen Abschreckung« eingeführt und damit die Bedeutung der Kernwaffen abgemildert zu haben, wird es wahrscheinlich noch schwieriger sein, Proliferation zu verhindern als es jetzt schon der Fall ist.

Die Entscheidung für eine Nulllösung wäre ein wichtiger Beitrag, das Denken über den Einsatz militärischer Macht in den zwischenstaatlichen Beziehungen zu ändern. Sie würde eine stärkere Hinwendung zur Akzeptanz internationalen Völkerrechts befördern und zu einer breiteren Akzeptanz des Grundsatzes führen, daß zwischenstaatliche Meinungsverschiedenheiten friedlich geregelt werden müssen. Darüber hinaus wäre die Nulllösung mit der Verpflichtung der Atomwaffenstaaten zur totalen nuklearen Abrüstung konform, die in Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrags festgeschrieben ist.

1.2 Transformation des Nichtverbreitungsregimes

Der zentrale Kritikpunkt am Nichtverbreitungsvertrag (NVV) ist, daß er de jure diskriminatorisch ist, da er die Teilung der Welt in Nuklearwaffenstaaten und Nicht-Nuklearwaffenstaaten legitimiert. Letzteren werden strenge Kontrollmaßnahmen auferlegt, während Nuklearwaffenstaaten keinen scharfen und durchsetzbaren Verpflichtungen unterworfen sind.

In seiner Praxis ist das Nichtverbreitungsregime sogar noch diskriminierender, weil es die Errichtung eines Dreiklassensystems des Technologiezugangs impliziert. So lange die mit den Atomwaffenmächten verbündeten Industriestaaten auf einem uneingeschränkten Gebrauch jeglicher atomarer Technologie bestehen, wird eine einseitige Exportkontrolle als eine Diskriminierung durch die Lieferländer empfunden werden.

Ein weiterer zentraler Mangel des NVV ist, daß er die unüberwindliche zivil-militärische Doppelverwendbarkeit vieler nuklearer Technologien ignoriert. Solange waffenfähiges Material produziert werden darf, kann es auch für die Herstellung von Nuklearwaffen abgezweigt werden. Dies betrifft auch die unglückliche Doppelrolle der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) als Förderer und »Kontrollleur« der Kernenergie. Die entsprechende Förderung führte zu einer weiten Verbreitung von Nukleartechnologie, so daß viele Staaten mit technischen Voraussetzungen für Waffenprogramme versorgt wurden. Trotz gegenwärtiger Vorschläge, das System der IAEO-Sicherungsmaßnahmen zu stärken, wird die Kontrolle dieser Technologien unvollständig bleiben - teilweise aufgrund technischer Einschränkungen.

Das Tauschgeschäft des NVV (Zugang zu nuklearer Technologie im Austausch für Verzicht auf Nuklearwaffen) hat seine Stärke verloren. Darüber hinaus wird es zunehmend unrealistischer, daß das Nichtverbreitungsregime in seiner jetzigen Form das richtige Mittel ist, die Weiterverbreitung zu stoppen. Allerdings ist es richtig, daß eine große Mehrheit der Nicht-Nuklearwaffenstaaten nicht dem Beispiel Irak folgen werden: Die meisten Staaten brechen nicht einen von ihnen unterzeichneten Vertrag, nur weil seine Kontrollierbarkeit und die Erzwingung der Vertragseinhaltung vergleichsweise schwach ist.

Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Atommächte sich auf der Überprüfungs- und Verlängerungskonferenz des NVV eindeutig zur Nulllösung bekennen würden. Aussagen bezüglich dieses Punktes sind bislang vage und doppeldeutig geblieben und verschieben die Angelegenheit in eine ferne Zukunft. Es wäre ganz wesentlich, wenn diese Staaten endlich ein zeitlich verbindliches Abrüstungsprogramm akzeptieren würden, um die Nulllösung zu erreichen. In dieser Hinsicht dürfte eine unbegrenzte Verlängerung des NVV ein unglücklicher Ausgang sein, da er den internationalen Druck hin zu einer Nulllösung verringern würde. Auch wenn eine unbegrenzte Verlängerung den fortdauernden Besitz von Atomwaffen nicht wirklich legitimieren würde, könnte sie praktisch den unbegrenzten Aufschub für die vollständige nukleare Abrüstung bedeuten.

Solange der Besitz von Kernwaffen und waffenfähigem Material durch eine kleine Anzahl von Staaten als legitim angesehen wird, werden Begehrlichkeiten in anderen Staaten geweckt.

Die Folge ist, daß die globale nukleare Bedrohung fort dauert und sich weiter erhöht. Mit dem Ende des Kalten Krieges ist es dagegen möglich geworden, einen schrittweisen Transformationsprozeß zu beginnen, der das alte Nichtverbreitungsregime in ein viel effektiveres Regime der atomwaffenfreien Welt überführt. Dafür ist ein auch zeitlich verbindlicher Zielhorizont der Beseitigung aller Atomwaffen erforderlich. Wie die Dinge heute stehen, wird demgegenüber Jahr für Jahr immer mehr waffenfähiges Material produziert, und es wird immer einfacher, an dieses heran zu kommen. Diese Entwicklung muß umgekehrt werden.

1.3 Nuklearwaffenkonvention (NWK)

In ihrem Abschlußdokument sollte die Überprüfungs- und Verlängerungskonferenz des NVV dazu auffordern, der Genfer Abrüstungskonferenz ein Verhandlungsmandat für eine Nuklearwaffenkonvention zu übertragen. So könnte der Ruf nach entschiedenen Schritten hin zu einer atomwaffenfreien Welt weiter konkretisiert werden. Damit würde, wie schon bei der Biowaffenkonvention (BWC) und der Chemiewaffenkonvention (CWC), ein totales Verbot angestrebt.

Eine NWK würde nicht nur den Besitz und die Produktion von Nuklearwaffen verbieten; sie würde auch alle Arten des Erwerbs (inklusive Forschung und Entwicklung), des Transfers, der Stationierung (oder Vorbereitungen zur erneuten Stationierung), des Gebrauchs und der Drohung damit unter Verbot stellen. Die Konvention würde die Beseitigung der kompletten Infrastruktur anstreben, die der Herstellung und dem Besitz von Kernsprengköpfen und ihren Trägersystemen dient. Sie würde ein internationales Kontrollsystem für das verbleibende waffenfähige Material bereitstellen. Die Konvention würde den Gehalt einiger anderer dann bereits existierender relevanter Verträge umfassen, wie z.B. Verbote von Atomwaffentests oder Verbote der Produktion waffenfähiger Spaltmaterialien. Sie würde diese Verträge daher ersetzen und universell gültig machen. Insbesondere würde eine Nuklearwaffenkonvention den NVV ersetzen.

Wenn eine Nuklearwaffenkonvention von einer erforderlich gemachten Mindestanzahl von Staaten angenommen worden ist, müßte sie durch einen Sicherheitsratsbeschluß für alle Staaten verbindlich gemacht werden. Außerdem dürfte es keine Begrenzung der Gültigkeitsdauer geben und ebenfalls kein Rücktrittsrecht. Eine atomwaffenfreie Welt kann nicht ohne die Unterstützung aller anerkannten Atommächte ins Leben gerufen werden, die die Herstellung dieses Ziels nicht nur als notwendig im Sinne ihrer eigenen Interessen sehen müssen, sondern auch in der Lage sein müssen, es gegen mögliche Vertragsbrüche zu sichern.

1.4 Vorgebrachte Einwände

Es wird behauptet, daß Atomwaffen den Ausbruch konventioneller Kriege verhindert haben. Es gibt aber keinen Grund anzunehmen, daß Atomwaffen tatsächlich einen Krieg zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt abgeschreckt haben. Wenn diese Behauptung irgendeine

Gültigkeit gehabt hätte, wäre zu erwarten gewesen, daß jedenfalls Nicht-Kernwaffenstaaten abgeschreckt wurden, gegen Atomwaffenstaaten Krieg zu führen. Die Beispiele von Korea, Vietnam und Argentinien zeigen, daß dies nicht der Fall war. Es wird immer noch argumentiert, daß eine Abschreckung gegen die Bedrohung mit Atomwaffen nur durch Atomwaffen selbst funktionieren könne. Läßt man sich auf die Idee der atomwaffenfreien Welt ein, muß das jedenfalls nicht so sein. Sobald ersichtlich wäre, daß ein Nuklearwaffenstaat einige Sprengköpfe zurückgehalten hat, oder sobald ein neues Atomwaffenprogramm aufgedeckt würde, könnte die internationale Staatengemeinschaft entsprechende Maßnahmen gegen den abtrünnigen Staat einleiten, ohne dabei Zuflucht zu Atomwaffen suchen zu müssen (siehe auch 1.6). Es wird auch gesagt, daß Atomwaffen nötig wären, um den möglichen Einsatz biologischer und chemischer Waffen abzuschrecken. Die Biowaffenkonvention hat bereits 131 Mitglieder und die Chemiewaffenkonvention sollte bald in Kraft treten. Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß Atomwaffen nötig wären, um diesbezüglich mögliche Vertragsbrüche zu verhindern.

Es wird argumentiert, daß Atomwaffen nicht »wegerfunden« werden können. Dies ist aber kein Grund, sie zu behalten. Sind die Teams, die diese Waffen erfunden und instand gehalten haben erst einmal aufgelöst, dann benötigt die erneute Entwicklung einige Zeit, es entstehen neue Hürden und Eskalationsstufen, so daß die internationale Staatengemeinschaft Zeit zur Reaktion gewinnt. Zusätzlich sollte die Stationierung von atomwaffenfähigen Trägersystemen verboten sein. Dadurch würde ein militärischer Einsatz von »wieder erfundenen« Atomwaffen weiter verschoben werden.

1.5 Kontrolle und Verifikation

Die technischen Mittel, um die Abwesenheit von Atomwaffen zu verifizieren, sind im Prinzip verfügbar. Es muß natürlich »zu jeder Zeit, an jedem Ort« Inspektionen geben können, ohne vorher die Erlaubnis des betroffenen Staates einholen zu müssen. Um außerdem jeglichen Verdacht von Geheimaktivitäten aus dem Weg zu räumen, sollte alle Forschung und Entwicklung offen betrieben werden, zumindest soweit wie für diesen Zweck notwendig.

Die Konvention sollte die Anforderung enthalten, daß alle Staaten es zu einer »Bürgerpflicht« machen, jede vermutete Vertragsverletzung einer internationalen Autorität zu melden. Es mag Staaten geben, in denen die Bürger sich fürchten werden, so zu handeln, so daß die internationalen Inspektionsprozeduren in diesen Staaten intensiver gestaltet werden müßten. Wissenschaftler, Ingenieure und technische Bedienstete, die in zivilen Kernforschungs- und Kernenergieprojekten arbeiten, müssen ein Selbstverständnis entwickeln, daß sie eine besondere Verantwortung dafür haben, die Integrität der Nuklearwaffenkonvention zu sichern.

1.6 Sicherheit in einer atomwaffenfreien Welt und ihre Durchsetzung

Jeder illegalen Entwicklung von Atomwaffen, jeder Einsatzdrohung oder jedem tatsächlichem Einsatz von Atomwaffen, könnte mit einer Vielzahl von abgestuften Maßnahmen angemessen entgegengetreten werden. Diese reichen von diplomatischen Anstrengungen und Bemühungen um Mediation über friedenserhaltende Aktivitäten und nichtmilitärische Interventionen sowie wirtschaftlichen Sanktionen bis hin zu der Drohung mit oder dem tatsächlichen Einsatz von konventionellen militärischen Kräften als letztem Mittel.

Der Einsatz oder die Drohung mit dem Einsatz von Kernwaffen hat in den vergangenen 50 Jahren keine bedeutende Rolle in der Sicherheitsstruktur der Welt gespielt, und es gibt keinen Grund, warum dies nicht weiter so sein sollte. Das Verschwinden nuklearer Waffen wird in keiner Weise die bestehende Sicherheitsstruktur beeinträchtigen. Es wurden bereits Gründe angeführt, warum dies vielmehr zu einer Verbesserung der globalen Sicherheitslage führen würde (siehe auch 1.1).

In einer Welt, in der sich die Staaten darauf geeinigt haben, den Weg in die atomwaffenfreie Welt zu beschreiten, läßt sich die globale Sicherheitsstruktur bereits durch andere Mittel verbessern. Dazu gehört beispielsweise, daß der Einsatz militärischer Kräfte generell nicht gutgeheißen wird. Wenn überhaupt, darf er nur als letztes Mittel vorgesehen werden, und dann auch nur unter der Schirmherrschaft der UN oder einer von der UN anerkannten Körperschaft einer regionalen Sicherheitsstruktur. Dazu sollte auch der UN-Sicherheitsrat demokratisiert werden; es sollte dort keine Bevorteilung der Atomwaffenstaaten mehr geben.

1.7 Der Weg in eine atomwaffenfreie Welt

Zu den Elementen auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt, die sofort durchgeführt werden können, gehören Schritte wie eine vereinbarte Verminderung der atomaren Arsenale, ein umfassender Teststopp-Vertrag (CTBT) sowie die Schließung und Zerlegung militärischer Einrichtungen für die Produktion von nuklearem Material. Ein entscheidender Bestandteil eines solchen Programms ist ein Vertrag über den »Nicht-Ersteinsatz« von Kernwaffen, der sehr bald geschlossen werden sollte.

Das daran anschließende Abrüstungsprogramm beinhaltet weitere starke Reduzierungen der nuklearen Arsenale der fünf anerkannten Atomwaffenstaaten, einschneidende Beschränkungen der Stationierung von Atomwaffen auf den Territorien anderer Länder sowie die Entnahme von Atomsprengköpfen aus strategischen und taktischen Trägersystemen und deren Deponierung in nationalen Lagern. Das Programm sieht darüber hinaus die Einrichtung von atomwaffenfreien Zonen vor, ein globales Moratorium über die weitere Entwicklung und Produktion atomarer Waffen sowie einen Produktionsstopp (Cutoff) für waffengrädiges Spaltmaterial. Dies wird einerseits durch eine internationale Bestandsliste von spaltbarem Material und andererseits durch die Durchsetzung eines verbesserten Überwachungs- und Schutzsystems für alle verbleibenden nuklearen Einrichtungen ergänzt. Weiterführende Schritte beinhalten ein

Testverbot für ballistische Trägersysteme, die volle Inkraftsetzung der C-Waffenkonvention und ihre globale Einhaltung, die Entwicklung eines Verifikationssystems für die Biowaffenkonvention, ein umfassendes UN-Register über konventionelle und atomare Waffen sowie die Einführung einer UN-Berichterstattung über alle militärischen Ausgaben.

Wenn erst einmal alle Klauseln der Nuklearwaffenkonvention Anerkennung gefunden haben, sollten alle atomaren Arsenale auf Null reduziert werden, anstatt sie auf niedrigerem Niveau einzufrieren. Der Vorschlag, daß die UN einen Restbestand von Atomwaffen unter ihre direkte Kontrolle nimmt, um instabile Situationen bei niedrigen Atomwaffenanzahlen zu vermeiden, ist nicht praktikabel. Die UN wird wohl niemals in der Lage sein, eine nukleare Abschreckung in einer überzeugenden Art aufrecht zu halten. Solange Atomwaffen weiter existieren, werden die Atommächte nicht bereit sein, die Kontrolle darüber einem UN-Personal zu übergeben, das auch aus Angehörigen von Nicht-Nuklearwaffenstaaten besteht. Es bestünde die Gefahr, daß eine ehemalige Atommacht leicht wieder die Kontrolle über ihre Atomwaffen zurückbekommen könnte.

In der letzten Etappe auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt werden die fünf anerkannten Kernwaffenstaaten sowie die übrigen De-facto-Atomkräfte in Nicht-Kernwaffenstaaten überführt. Dies kann möglicherweise durch regionale Ansätze geschehen. Das verbleibende globale Nukleararsenal wird unter internationaler Inspektion zerlegt werden. Die Nuklearwaffenkonvention wird spätestens dann in Kraft treten. Das gesamte waffenfähige Material wird unter internationale Aufsicht gestellt werden und für einen möglichen zivilen Gebrauch bzw. für eine zukünftige Entsorgung vorbereitet. Bestimmte nukleare Technologien und Aktivitäten, wie z.B. die Abtrennung von Plutonium und die Hochanreicherung von Uran, also die Produktion von waffenfähigem Material, werden illegalisiert.

Einige ausgewählte wesentliche Schritte werden im zweiten Teil des Dokuments ausführlicher behandelt.

2. Schritte hin zu einer atomwaffenfreien Welt

2.1. Abrüstungswettlauf zwischen den Kernwaffenstaaten

Weitere nukleare Abrüstung ist nicht nur notwendig, um internationale Sicherheit und Frieden zu gewährleisten, sondern auch, um den Artikel VI des NVV nachhaltig zu erfüllen. Der START II-Vertrag begrenzt die Anzahl der von den USA und Rußland stationierten strategischen nuklearen Gefechtsköpfe auf 6.500 im Jahr 2003. Dies übersteigt jedoch die Arsenale der kleineren Nuklearwaffenstaaten immer noch um einen Faktor 5 bis 8. Eine weitere Reduktion der Gefechtsköpfe von USA und Rußland auf je 1.000 im Rahmen eines START III-Vertrages wäre eine solide Grundlage für die Einbeziehung der kleineren Nuklearwaffenstaaten. Verhandlungen über die Begrenzung der verbleibenden taktischen Nuklearwaffen sollten ins Auge gefaßt werden. Es ist nun an der Zeit, daß sich auch die kleineren Atomkräfte an den Verhandlungen beteiligen.

Die Reduzierung und Zerlegung von nuklearen Gefechtsköpfen sollte nicht rückgängig zu machen sein und erfordert einen Stopp der Produktion von spaltbarem Material für Waffen-zwecke. Eine Zusammenarbeit von USA und Rußland bei der Schaffung eines überprüfbareren Kontrollregimes für ihr waffentaugliches Spaltmaterial könnte den Weg ebnen für die Einbeziehung der kleineren Nuklearwaffenstaaten. Internationale Überwachung für das aus dem Verkehr gezogene Spaltmaterial ist notwendig, um international Vertrauen zu schaffen. Jegliche Spaltmaterialproduktion ohne internationale Überwachung muß unter Verbot gestellt werden. Der Austausch von Informationen über die nun überschüssigen Vorräte und die verbleibenden Arsenale wäre ein erster Schritt. Die Überwachung des spaltbaren Materials könnte von einer internationalen Organisation geleistet werden. Um die Krisenstabilität zu erhöhen und den zufälligen und unabsichtlichen Gebrauch von Nuklearwaffen zu verhindern, sollten zumindest die USA und Rußland die Gefechtsköpfe getrennt von den Trägersystemen lagern.

2.2. Produktionsstopp (Cutoff) und Lagerung von nuklearwaffenfähigem Material

Es existiert bereits ein erheblicher Überschuß an waffenfähigem Spaltmaterialien und Tritium. Dieser wird in der nächsten Zeit weiter zunehmen. Die zivilen Bestände an waffenfähigem Plutonium werden bereits kurz nach der Jahrhundertwende die militärischen übersteigen. Jeder Versuch, die potentielle Verwendbarkeit von waffenfähigem Material für Atomwaffen unter Kontrolle zu bringen, muß sowohl die militärische als auch die zivile Produktion und den Umgang mit diesen Materialien erfassen.

Es gibt ausgezeichnete Argumente - ökonomische, ökologische, sicherheits- und entsorgungstechnische - gegen die Abtrennung (d.h. Wiederaufbereitung von abgebrannten Brennelementen) und den Gebrauch von Plutonium. Zur Zeit sind Forschungsreaktoren die einzigen zivilen Nutzer von waffenfähigem hochangereichertem Uran. Diese können jedoch auf den Gebrauch von nicht waffentauglichem niedrig angereichertem Uran umgestellt werden. Eine nachhaltige Lösung für den Umgang mit waffenfähigem Nuklearmaterial im Rahmen einer atomwaffenfreien Welt (oder eines nicht umkehrbaren Übergangsprozesses dorthin) erfordert einen vollständigen Bann ihres Gebrauchs, der die sensitivsten Produktionstechnologien mit einschließt. Auf lange Sicht muß ein solcher Bann besonders hochangereichertes Uran, Plutonium in all seinen Isotopenzusammensetzungen und Tritium umfassen, denn es muß für alle Staaten so schwer wie möglich gemacht werden, die Produktion von Nuklearwaffen wieder aufzunehmen. Daher sollten internationale Verhandlungen eine umfassende Cutoff-Konvention anstreben, die in einem schrittweisen Prozeß erreichbar wäre. Der erste Schritt sollte ein multilaterales Abkommen über einen Produktionsstopp für Waffenzwecke sein.

Die sofortigen Schritte sollten sein: Abzug der stationierten Nuklearwaffen, ihre Lagerung in nationalen Depots, ihre Zählung und Kennzeichnung unter internationaler Beobachtung. Dort sollten sie anschließend zerlegt werden. Das dabei frei werdende spaltbare Material sollte gelagert, bewacht und für die Demilitarisierung zum frühestmöglichen Zeitpunkt vorbereitet werden.

Aus Gründen der Dringlichkeit und einer glaubwürdigen Bemühung um Nichtverbreitung scheint die Vitrifikation (Vermischung mit Nuklearabfall und Einschluß in eine glasartige Struktur) die geeignetste Methode zu sein, das Waffenplutonium, das bei der Zerlegung der Gefechtsköpfe entsteht, endzulagern. Obgleich die Gesamtkosten einer Verarbeitung zu Mischoxid-Brennelementen (MOX-Option) und der Vitrifikation vergleichbar sind, sollten Kosten nachrangig gegenüber Gesichtspunkten der internationalen Sicherheit und der Umweltgefährdung bei der Auswahl der besten Methode sein. Allerdings ist derzeit keiner der bislang vorgeschlagenen Wege, Plutonium zu demilitarisieren, ausreichend sicher und technisch erprobt. Hier besteht noch weiterer Forschungsbedarf.

2.3. Nichtverbreitung und Abrüstung von atomwaffentauglichen Trägersystemen

Die Abschaffung von Nuklearwaffen könnte durch eine Reihe möglicher Maßnahmen zur Begrenzung der für Atomwaffen verwendbaren Trägersysteme ergänzt und erleichtert werden, die über das gegenwärtige Kontrollregime für Trägersysteme (Missile Technology Control Regime, MTCR) hinausgehen: Die Bedrohung durch ballistische Raketen könnte am effektivsten durch eine Konvention über ballistische Raketen entschärft werden. Ein Flugtestverbot für ballistische Raketen wäre der erste Schritt, die Entwicklung neuer Raketentypen zu verhindern. Eine internationale Überwachungsbehörde könnte eingesetzt werden, um sicherzustellen, daß die Raumfahrttechnik nicht benutzt wird, um ballistische Raketen zu entwickeln und zu produzieren.

Marschflugkörper stellen eine ähnliche Bedrohung im Hinblick auf Weiterverbreitung und -entwicklung dar wie ballistische Raketen und Kampfbomber. Existierende Bemühungen zur Eindämmung dieser Gefahren (MTCR) sollten fortgeführt und gegebenenfalls erweitert werden. Es dürfte jedoch notwendig sein, Rüstungskontrollansätze zu entwickeln, die bestehende Ähnlichkeiten zwischen Kampfbombern und Marschflugkörpern und den ihnen zugrundeliegenden Technologien berücksichtigen.

Viele Länder haben zur Stärkung ihrer nationalen Verteidigungsfähigkeit Flugzeuge stationiert, die auch für den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln geeignet sind. Um die Verbreitung von Militärflugzeugen einzuschränken, könnten Staaten Obergrenzen bezüglich der Anzahl und der Fähigkeiten von Militärflugzeugen innerhalb regionaler Rüstungskontrollregime einführen. Ein weltweites Verbot neuer Kampfbombertypen könnte in nicht diskriminierender Weise ihrer Weiterverbreitung und Weiterentwicklung vorbeugen.

Die Möglichkeit einer Stationierung von Nuklearwaffen auf U-Booten sollte ebenfalls mitberücksichtigt werden. Ein erster Schritt wäre die Etablierung eines dem MTCR ähnlichen Kontrollregimes, das sich auf wesentliche Technologien für fortgeschrittene U-Boot-Typen konzentriert. Gemeinsam aufgestellte seegestützte Spezialeinheiten, die von den Vereinten Nationen betrieben würden, könnten den Einsatz von dieselgetriebenen U-Booten in Krisenzeiten verfolgen und ggf. kontrollieren.

Der ABM-Vertrag, der bekanntlich die amerikanischen und russischen strategischen Abwehrsysteme beschränkt, spielt auch weiterhin eine ganz wesentliche Rolle, die auch für den weitergehenden Abbau von Nuklearwaffen Bedeutung hat. Der Versuch der Vereinigten Staaten, den ABM-Vertrag soweit zu modifizieren, daß sie ihre geplanten Abwehrsysteme gegen taktische Raketen legal weiterentwickeln und stationieren können, würde die Bemühung um Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtweiterverbreitung in vielen Staaten nachhaltig schädigen.

Die internationale Kooperation in der Raumfahrt und die Konversion im Luftfahrtbereich könnte sowohl von einem Übergang zu einer atomwaffenfreien Welt profitieren, als auch diesen Übergang selbst erleichtern. Langfristig und unumkehrbar angelegte Konversionsstrategien müssen die Umwandlung großer Forschungs- und Entwicklungskomplexe und Maßnahmen zur vorbeugenden Rüstungskontrolle beinhalten, die darauf abzielen, destabilisierende technische Entwicklungen vorausschauend zu beschränken. Ein neues Regime (»Rockets for Peace«), das unter der Ägide einer Raumfahrt-Entwicklungsorganisation etabliert würde, könnte weiteren Nationen den Zugang zum Weltraum eröffnen - unter Nutzung bereits vorhandener Möglichkeiten der etablierten Weltraumnationen. Weltraumwaffen sollten grundsätzlich verboten werden.

2.4 Regionale Ansätze zu einer atomwaffenfreien Welt

Die atomwaffenfreie Zone in Lateinamerika - zusammen mit dem argentinisch-brasilianischen Abkommen über gemeinsame Buchführung und Kontrolle von Nuklearnmaterial - hat sich als ein erfolgreicher Weg bewährt, eine Region atomwaffenfrei zu halten. Der Verhandlungsprozeß für solche Abkommen beinhaltet natürlich die Etablierung von vertrauensbildenden Maßnahmen und gegenseitigen Sicherheitsvereinbarungen. Wie in Lateinamerika können solche Abkommen auch zusätzliche Sicherheitssysteme mit Beteiligung der IAEO beinhalten. Regionale Verhandlungen über atomwaffenfreie Zonen, die die fünf NVV-Nuklearwaffenstaaten einschließen, sind ein Weg für diese Staaten, die Anforderungen des Artikels VI des NVV zu erfüllen, „in guter Absicht Verhandlungen über effektive Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Rüstungswettlaufes zum baldmöglichsten Zeitpunkt und zur nuklearen Abrüstung und zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strikter internationaler Kontrolle zu führen“. Das haben sie im Vertrag versprochen und genau dies sollen die Verhandlungen über atomwaffenfreie Zonen anstreben.

Trotz beachtlicher Fortschritte in der Reduzierung der nuklearen Arsenale der Vereinigten Staaten und Rußlands durch die START- und INF-Verhandlungen haben diese doch nicht die Nulllösung zum ausdrücklichen Ziel; es ist auch höchst unwahrscheinlich, es dadurch zu erreichen.

Atomwaffenfreie Zonen sind ein wichtiger Weg für Nicht-Nuklearwaffenstaaten, die Initiative in der Bemühung um die Nichtverbreitung von Kernwaffen zu übernehmen. Dies kann dadurch geschehen, daß sie ihre Region für die Stationierung von Nuklearwaffen sperren und

den auf die Region bezogenen Einsatz von Atomwaffen - oder die Drohung damit - ausschließen wollen. Wenn sich solche Sperrgebiete zunehmend auf die ganze Welt ausdehnen, wird sich der internationale Druck auf die Nuklearwaffenstaaten verstärken, die Idee einer atomwaffenfreien Welt endlich zu akzeptieren.

Anmerkung

Übersetzung des INESAP-Executive Summary »Beyond the NPT:
Towards a Nuclear-Weapon-Free World«, Übersetzer: Wolfgang Baus, Wolfgang Liebert,
Jürgen Scheffran, Jörg Weidenfeller.

Die 180-seitige INESAP-Studie und die englisch-sprachige Zusammenfassung ist zu erhalten bei INESAP,
INESAP, c/o IANUS, Technische Hochschule Darmstadt, Zintl-Institut,
Hochschulstr. 10, 64289 Darmstadt, Tel: 06151-16-3016, -4468, -4368, Fax: 06151-166039,
Internet: ianus@hrzpub.th-darmstadt.de

IALANA: Vom NV-Vertrag (NPT) zur Nuklearwaffen-Freiheit

- 10 Thesen zur Diskussion -

1. Universalisierung des NPT

Nach der im Mai 1995 erfolgten (unbefristeten) Verlosung des NPT sollte nunmehr zunächst kurzfristig angestrebt werden, daß alle existierenden Staaten dem NPT beitreten, insbesondere auch Pakistan, Indien und Israel.

2. Einbeziehung von Staatenverbindungen

Ferner muß sichergestellt werden, daß Staaten, die sich mit einem oder mehreren anderen zu einem neuen Staat oder zu einem Staatsbund (als Völkerrechtssubjekt) zusammenschließen, an die Regelung des NPT gebunden sind, insbesondere gemäß Art. II NPT Atomwaffen weder herzustellen, zu erwerben oder zu besitzen noch Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu haben. Namentlich gilt dies für die im Aufbau befindliche Europäische Union (EU); sie muß dem NPT als Nicht-Kernwaffen-Vertragspartei beitreten.

3. Ausschluß der Rücktrittsmöglichkeiten

Es sollte angestrebt werden, daß alle Vertragsparteien in einem Zusatzabkommen zum NPT auf die ihnen durch Art. X Abs. 1 eingeräumte Möglichkeit verzichten, von dem Vertrag nach eigener Entscheidung zurückzutreten.

4. Beseitigung des sogenannten Kriegsvorbehalts

Es muß ausdrücklich klargestellt werden, daß der von den USA und den NATO-Staaten in Anspruch genommene sogenannte Kriegsvorbehalt mit Wortlaut und Geist des NPT nicht vereinbar ist.

Im Zusammenhang mit der Ratifizierung des NPT im US-Senat hatte der damalige US-Außenminister Rusk am 10. Juli 1968 erklärt:

Der NPT "behandelt nicht Regelungen über die Dislozierung von Kernwaffen auf alliiertem Hoheitsgebiet, da diese keine Weitergabe von Kernwaffen oder Verfügungsgewalt darüber einschließen, sofern und solange nicht eine Entscheidung, Krieg zu führen, getroffen wird, in welchem Zeitpunkt der Vertrag nicht mehr maßgebend wäre." (abgedruckt u. a. in der Denkschrift der Bundesregierung zum NPT, in: Bundestagsdrucksache 7/1994, S. 7).

Nach dem üblichen Sprachgebrauch bedeutet diese von der US-Regierung abgegebene und von der deutschen Bundesregierung im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren ausdrücklich vorgetragene Interpretationserklärung, daß der NPT für den Fall eines militärischen Konflikts ("Entscheidung, Krieg zu führen") gegenstandslos sein soll ("... nicht mehr maßgebend ..."). Mit anderen Worten: Dann, wenn es um die Verhinderung eines Einsatzes von Nuklearwaffen und ihrer Weitergabe an Nicht-Nuklearstaaten vor allem geht, in einem militärischen Konflikt, soll der NPT gegenstandslos und nicht mehr maßgebend sein; zudem soll es dafür ausreichend sein, daß "eine Entscheidung, Krieg zu führen, getroffen wird".

Wäre dies rechtens, würde dem NPT letztlich die Grundlage entzogen.

5. *Ausschluß der "nuklearen Teilhabe" der Bundeswehr*

- 5.1 Die Bundeswehr ist, wie andere NATO-Streitkräfte, seit den 50er Jahren mit sogenannten nuklearen Trägersystemen ausgerüstet (früher u. a. Pershing-Raketen, z. Z. Tornado-Flugzeuge). Seit dem im Jahr 1975 wirksam gewordenen Beitritt Deutschlands zum

NPT ist für eine "nukleare Teilhabe" Deutschlands in der bisherigen Form völkerrechtlich eine neue Lage entstanden.

Denn nach Art. II NPT hat Deutschland - wie die anderen Nicht-Nuklearstaaten - sich "verpflichtet, ... Nuklearwaffen oder sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen".

- 5.2 Wenn jetzt im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Bundeswehr und der Vorbereitung von "out-of-area"-Einsätzen entsprechend der neuen "Konzeptionellen Leitlinie zur Weiterentwicklung der Bundeswehr" vom 12. Juli 1994 für eine "Krisenreaktionskräfte" der Bundeswehr u. a. in der Luftwaffe "schnell einsetzbare und verlegefähige Kräfte" in Gestalt von sechs fliegenden Staffeln deutscher Tornado-Flugzeuge "für Luftangriff, Luftverteidigung, Aufklärung und nukleare Teilhabe" (vgl. ebd., S 7) vorgehalten werden, stellt sich die Frage einer Vereinbarkeit mit Art. II NPT.

Nach einer von der deutschen Wochenzeitung DIE ZEIT zitierten diesbezüglichen Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung bedeutet "nukleare Teilhabe", daß u. a. von seiten der Bundeswehr "eine begrenzte Zahl von (deutschen) Tornado-Flugzeugen als Trägersysteme dem Bündnis zur Verfügung" gestellt werden (vgl. DIE ZEIT vom 12. August 1994, S. 4). Konkret heißt dies: Deutsche Tornado-Flugzeuge mit deutschen Besatzungen und Piloten soll ggf. mit Nuklear-Sprengkörpern und Nuklearwaffen in einem Konflikt zum Einsatz kommen, d. h. "als Trägersysteme dem Bündnis zur Verfügung gestellt werden.

Dies ist mit dem verbindlichen völkerrechtlichen Verzicht Deutschlands nicht vereinbar, die

Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen "von niemandem unmittelbar oder mittelbar zu machen".

Ein Verstoß gegen geltendes Recht darf nicht hingenommen werden. Zur sollte Bundesverfassungsgericht angerufen werden.

6. Stärkung des NPT-Kontrollregimes

6.1 Erweiterung der Kontrollbefugnisse der IAEA

Das bisherige IAEA-Kontrollsystem basiert auf dem System der "instrumentierten Spaltstoffflußkontrolle" und erfaßt grundsätzlich nur deklarierte Nuklearaktivitäten in festgelegten Materialbilanzzonen sowie an Schlüsselmeßpunkten und strategischen Punkten.

Wie nicht zuletzt der Fall der von der IAEA nicht entdeckten heimlichen Nuklearambitionen des Irak gezeigt hat, ist dieses Kontrollsystem unzureichend.

- 6.1.1 Die IAEA muß das Recht zu jederzeitigem, unangemeldeten und unbegrenzten Inspektionen an allen Orten und Anlagen erhalten, soweit dies für die Wahrnehmung ihrer Kontrollaufgaben erforderlich ist.
- 6.1.2 Die Kontroll- und Informationsrechte der IAEA müssen bereits auf die Planungs- und Errichtungsphase nuklearer Anlagen ausgedehnt werden. Dies gilt insbesondere auch für Anlagen, die exportiert werden sollen.
Die IAEA muß das Recht erhalten, Anlagenänderungen zur Erhöhung der Kontrolleffizienz zu verlangen.

- 6.1.3 Kein Staat oder Anlagenbetreiber darf länger das Recht haben, von der IAEA bestellte Kontroll-Inspektoren jederzeit ohne Angabe von Gründen abzulehnen und ihnen den Zutritt zu bestimmten Anlagen zu verweigern.
- 6.1.4 IAEA-Inspektoren müssen mit Reisedokumenten ausgestattet werden, die ihnen die jederzeitige dienstliche Ein- und Ausreise zur unbehinderten Wahrnehmung ihrer Kontrollbefugnisse erlauben.
- 6.2. Reform der IAEA
- 6.2.1 Die IAEA muß finanziell in die Lage versetzt werden, eine ausreichende Zahl qualifizierter Kontroll-Inspektoren (mit angemessen langer Dienstzeit) einzustellen.
Das bisherige Jahresbudget des IAEA-Kontrollregimes von ca. 60 Mio. US-Dollar reicht nicht aus. Die IAEA muß eigene Einnahmerechte erhalten (kostendeckende Gebühren für durchgeführte Kontrollmaßnahmen; Grundausstattung durch die Mitgliedsstaaten).
- 6.2.2 Es ist zu prüfen, ob sich nicht eine Aufteilung der IAEA in eine Kontrollbehörde und eine Internationale Energie-Agentur empfiehlt; denn zwischen den Kontrollaufgaben und den Nuklear-Förderungsaufgaben der IAEA gibt es Konfliktlinien.
- 6.2.3 Das IAEA-Kontrollsystem sollte sich nicht länger auf (deklariertes) Nuklearmaterial beschränken, sondern auf die gesamte Nukleartechnologie (einschließlich von Trägersystemen) ausgedehnt werden, und zwar insbesondere auf die Erforschung und Entwicklung von nuklearem Know-How.

6.2.4 Bei der IAEA muß ein Register angelegt und geführt werden, an das jeder Vertragsstaat den Transfer und den Export nuklearwaffengeeigneten Know-Hows und Materials zu melden hat.

6.2.5 Bei der IAEA muß das Recht eingeräumt werden, sicherheitsrelevante Exportvorgänge zu beanstanden.

6.3 Sanktionsmechanismen

Innerhalb des UN-Systems muß ein transparenter, effektiver und rechtsstaatlich akzeptabler Sanktionsmechanismus geschaffen werden, der im Falle eines Verstoßes gegen Kontrollvorschriften, gegen den NPT oder gegen Abrüstungsverträge wirksame und zeitnahe Sanktionen gewährleistet.

6.4 Einbeziehung der Atomwaffenstaaten in das NPT-Kontrollregime

Es kann nicht länger hingenommen werden, daß die Atomwaffenstaaten mit ihren zivilen und militärischen Anlagen von Kontrollen hinsichtlich der Einhaltung ihrer Pflichten aus dem NPT freigestellt bleiben.

6.5 Verdachtsinspektion

Jedem Vertragsstaat, der Zweifel an der Vertragstreue eines anderen hat, muß das Recht eingeräumt werden, kurzfristig eine Verdachtsinspektion durch die IAEA verlangen zu können.

7. *Rechtsschutz vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag*

Die Vertragsstaaten sollten sich in einem Zusatzabkommen zum NPT verbindlich verpflichten, bei Streitigkeiten über die Auslegung des NPT und über die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem NPT die Zuständigkeit des IGH als Gutachtensinstanz und zur Streitentscheidung anzuerkennen.

8. *Durchsetzung und Erweiterung der Pflichten der Atomwaffenstaaten aus Art. VI NPT*

Art. VI NPT verlangt von allen Vertragsstaaten, namentlich gerade von den Atomwaffenstaaten, "in redlicher Absicht" Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen

- zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft
- zur nuklearen Abrüstung sowie
- über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle.

8.1 Nach dem klaren Wortlaut der Vorschrift können die Vertragsstaaten hinsichtlich dieser ihnen aufgegebenen Verhandlungen über deren Art, deren Modalitäten und deren Dauer streiten. Dagegen dürfen sie das in Art. VI NPT normierte Verhandlungsziel als solches nicht in Frage stellen und nicht ignorieren, wollen sie nicht vertragsbrüchig werden: "In redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen ... zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle."

Das grundsätzliche Ablehnen von Verhandlungen über einen vollständigen Verzicht auf Nuklearwaffen und

erst recht das grundsätzliche weitere Beharren auf der Option des Einsatzes oder gar des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen stellt die grundsätzliche völkerrechtliche Verpflichtung aus Art. VI NPT in Abrede und ist völkerrechtswidrig.

Die NATO-Staaten und die anderen Atomwaffen-Staaten, die bislang prinzipiell Verhandlungen über eine Abschaffung der Atomwaffen und einen Verzicht auf deren Einsatz ablehnen, müssen den Verpflichtungen aus Art. VI NPT endlich Rechnung tragen.

8.2 Dringlich ist ein Abkommen über einen vollständigen Atomteststopp (CTBT); dabei muß sichergestellt werden, daß Umgehungsstrategien und Umgehungstechnologien ebenfalls verboten und ausgeschlossen werden (einschließlich Computer-Simulationen zur Weiterentwicklung von Nuklearwaffen).

8.3 Cut-off-Abkommen

Ebenfalls unverzichtbar und dringlich ist ein Abkommen über das Verbot der Produktion waffengrädiger Materialien in Mengen, die für Atomwaffen relevant sind (hochangereichertes Uranium, Plutonium in jeglicher Isotopenzusammensetzung, Tritium).

8.4 Nuklearwaffenfreiheit der Nicht-Atomwaffenstaaten

Die Atomwaffenstaaten müssen unverzüglich Verhandlungen aufnehmen über ein Abkommen, das ausdrücklich

- die Lagerung von Atomwaffen außerhalb ihres eigenen Territoriums verbietet und
- den Einsatz von Atomwaffen (sowie hierauf gerichtete Planungen und Drohungen) gegen Nicht-

Atomwaffenstaaten ohne jede Ausnahme untersagt.

8.5 Nuklearwaffen-Konvention

Die in Art. VI NPT geforderten Verhandlungen "zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle" müssen in naher Zukunft endlich aufgenommen und auf den Abschluß einer Nuklearwaffen-Konvention gerichtet werden, die - nach dem zwischenzeitlich erreichten Verbot von B- und C-Waffen - auch die Atomwaffen verbietet. Diese Konvention muß insbesondere umfassen

- das absolute Verbot, Atomwaffen oder nukleare Waffensysteme zu entwickeln, herzustellen, zu lagern, einzusetzen oder mit ihrem Einsatz zu drohen (zu Land, zu Wasser, zu See, in der Luft und im Weltraum);
- die ausdrückliche Klarstellung, daß jede Erforschung und Entwicklung von Atomwaffen, selbst wenn er zu Verteidigungszwecken geschehen soll, als Verletzung des Kriegsvölkerrechts und als "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" anzusehen ist;
- die verbindliche Feststellung, daß jede Erforschung und Entwicklung von Atomwaffen, alle Kriegspläne und alle militärstrategischen Doktrinen, die den Einsatz von Atomwaffen vorsehen und vorbereiten, per se rechtswidrig sind und

daß alle Personen, die sich wissentlich an der Ausarbeitung solcher Planungen beteiligen, als Mittäter oder Gehilfen eines verbrecherischen Unternehmens anzusehen sind und strafrechtlich

durch nationale und internationale Strafverfolgungsbehörden belangt werden;

- die ausdrückliche Aufforderung an alle Bürgerinnen und Bürger aller Staaten, alle ihnen möglichen und zumutbaren Schritte zu unternehmen, um Verstöße gegen die Nuklear-Konvention (und andere Abrüstungsverträge) aufdecken zu helfen und sie an die UN oder zuständige Kontrollbehörden zu melden, ohne daß gegen diese Bürgerinnen und Bürger Sanktionen strafrechtlicher oder anderer Art verhängt werden dürfen.

9. *Schaffung einer internationalen Waffenhandels-Konvention*

Unabhängig von den genannten Abrüstungsschritten im Nuklearbereich ist eine Internationale Waffenhandels-Konvention dringlich, die auf

- die Schaffung eines verbindlichen und umfassenden Registers für Kriegswaffen aller Art (erster Schritt),
- die Einführung eines Verbots mit Erlaubnisvorbehalt für den Im- und Export von Kriegswaffen (zweiter Schritt),
- schließlich auf die Einschränkung und das tendenzielle Verbot des Handels (Im- und Export) mit Kriegswaffen (dritter Schritt) gerichtet ist.

10. *Alternative Sicherheitsstrategien*

Das große Ziel einer Zivilisierung, d. h. nicht-kriegerischen Bewältigung von Konflikten sowohl innerhalb von Gesellschaften als auch zwischen Großkollektiven (Volkgruppen, Völkern, Staaten, Staatengruppen) kann nur multifrontal angegangen und erreicht werden. Strategien zur Veränderung von Strukturen und Ursachenketten, die zu Gewalt und Krieg führen (können), müssen ursachenbezogen sein und die jeweiligen konkreten historischen Bedingungen der betreffenden Konfliktpotentiale einbeziehen.

Die Vielfalt der notwendigen politischen, wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen und sonstigen Initiativen kann hier nicht entfalten werden.

Notwendig sind "alternative Sicherheitsstrategien", deren Ausarbeitung, Planung und Umsetzung mindestens so aufwendig und personalintensiv wie bei "militärischen Sicherheitsstrategien" sind.

I. The case for a nuclear-weapon-free world (NWFW)

1. A NWFW: a necessary objective

A NWFW is no longer a fanciful idea. It is taken seriously by strategists, military experts, even former US Secretaries of State for Defense. This is because they now

concede the point – which peace movements have been making for years – that nuclear weapons diminish, rather than enhance, the security of nuclear weapon states. This process, by which Cold War thinking is being eroded will help the non-declared weapon states as well to abandon their nuclear weapon options.

Nuclear weapons appear not to be useful or necessary to deter possible threats by other nuclear weapon states or to prevent the risk of major war. On the contrary, if a smaller number of states continue to possess nuclear weapons and have plans to use them to enforce regional security interests, that will certainly increase the perceived ‘value’ of these weapons and thus dangers of proliferation.

However, some of those who accept this general argument refuse at the last fence. They postpone the final elimination of nuclear weapons more or less indefinitely.

This will not do. There is no permanent stability at low numbers. There are only two options: one is a progression down to zero; in the absence of a move to zero,

the other option is the spread of nuclear weapons to many nations. The first of these two options is to be preferred, because it is very much less dangerous than the second.

In a ‘lower-salient’ nuclear world, where the nuclear weapon powers claim to have adopted a policy of ‘minimum deterrence’, it would probably be more difficult to prevent proliferation than it is now.

The decision to go for zero would help a great deal to change thinking about the use of military power – any kind of military power – in relations between states. It would strengthen the move towards the acceptance of international law and lead to wider acceptance of the principle of peaceful settlement of international disputes. Furthermore, it would comply with the commitment by the nuclear weapon states to complete nuclear disarmament, under Article VI of the NPT.

A NWFW is no longer fantasy

There are two options: total nuclear disarmament or spread of nuclear weapons to many nations. The first one is to be preferred.

2. Transformation of the non-proliferation regime

The central criticism of the NPT is that it is de-jure discriminatory, because it legitimizes the division of the world into nuclear-weapon states and non-nuclear-weapon states; it imposes stringent control measures on the latter while the obligations of the former are not set out in a strict and enforceable way.

The NPT is discriminatory

The non-proliferation regime, in practice, is even more discriminatory, because it implies the establishment of a three-class system of technology access. members. As long as industrial allies of the nuclear weapon states insist on an unrestrained use of all nuclear technologies, unilateral export control will be perceived as a discrimination by the supplier countries.

Another central defect of the NPT is that it ignores the insurmountable dual-use character of many nuclear technologies. As long as weapon-usable materials can be produced

they may be diverted for making nuclear weapons. This concerns also the unfortunate double-role of the International Atomic Energy Agency (IAEA) as promoter and ‘controller’ of nuclear energy. The promotion resulted in a wide spread of nuclear technology providing many states with the prerequisites for weapon programmes. Despite current proposals for strengthening the IAEA safeguards system the control on these technologies will remain imperfect – partly due to technical reasons.

The dual-use character of nuclear technology - military vs. civilian - is ignored by the NPT

The bargaining strategy of the NPT (access to nuclear technology in exchange for renunciation of nuclear weapons) has lost its strength. Furthermore, it is increasingly unrealistic that the non-proliferation regime, in its existing form, is the right remedy for stopping proliferation. However, it is true, that the vast majority of non-nuclear weapon states will not follow Iraq’s example: most states do not break treaties they have signed simply because international control and enforcing techniques are weak.

At the NPT Review and Extension Conference it would be highly desirable for

the nuclear weapon states to commit themselves unequivocally to the objective of zero. Their statements on this issue have been vague, ambiguous, and have consigned the objective to a very distant future. It would be even more useful if these states accepted a time-bound programme for achieving zero. In this respect indefinite extension of the NPT might be unfortunate effect since it would reduce the international pressure towards that end. Though it would not legitimize the permanent possession of nuclear weapons, an indefinite extension might in practice mean the indefinite postponement of complete nuclear disarmament.

NPT extension should include a commitment to nuclear disarmament down to zero

As long as possession of nuclear weapons and weapon-usable materials by a handful of states are seen as legitimized, this will create 'desire' in some other countries and the global nuclear threat will endure and ever increase.

With the end of the Cold War it has become possible to start a stepwise transformation process of the old non-proliferation regime into a new much more effective nuclear-weapon-free world regime. This requires a time-fixed goal for the elimination of nuclear weapons. As things stand now, each year more weapon-usable material is being produced, and it is becoming easier to get access to it. This process must be reversed.

It is time for a transformation process of the non-proliferation regime into an effective NFWF regime

3. A Nuclear Weapon Convention (NWC)

In its final document the NPT Review and Extension Conference should, in its call for decisive steps towards a NFWF, include a mandate for the Conference on Disarmament to start negotiations on a Nuclear Weapon Convention (NWC). The pattern has to be that which has already been set by the Biological Weapons Convention (BWC) and the Chemical Weapons Convention (CWC) – a total ban.

The NPT Conference should call for negotiations on a NWC

The NWC would have to ban not only the possession and production of nuclear weapons; it would also prohibit all kinds of acquisition (including research), transfer, deploy-

ment (or any preparations for re-deployment), use and threat of use. The convention would call for the elimination of the whole infrastructure serving the manufacture and possession of nuclear warheads and their means of delivery. It would provide a system of international control for guarding and accounting for all remaining weapon-usable fissile material.

A NWC would replace the NPT itself

The convention would incorporate, and thus replace, other existing relevant treaties as bans on nuclear weapon tests, and on the production of weapon-grade fissile material – it would make these bans universal. The convention would replace the NPT itself.

Once approved by the required number of states, the NWC would have to be made binding on all states by a Security Council resolution; it would also have to be of unlimited duration – without allowing a withdrawal of its parties.

A NFWF could not come into existence unless it had the support of all declared nuclear weapon states, who not only judged it to be in their interest but also capable of being safeguarded against violation.

4. Stated objections

It is claimed that nuclear weapons have prevented the outbreak of conventional war. There is no reason to believe that nuclear weapons deterred war between NATO and WTO. If this claim had any validity, one would have expected non-nuclear weapon states to be deterred from engaging in war with nuclear weapon states. The examples of Korea, Vietnam and Argentina show that this was not the case.

Have nuclear weapons prevented conventional war?

It has been suggested that the threat of nuclear weapons can be deterred only by nuclear weapons. However, this need not be so; as soon as it becomes apparent that a nuclear weapon state has retained some warheads or as soon as a new nuclear weapons programme has been identified, the renegade state will be adequately dealt with by the international community without the need to resort to nuclear weapons (see I.6.).

It is said that nuclear weapons are needed to deter the possible use of biological and chemical weapons. The BWC already has 131 adherents, and the CWC should come into force soon. There is no reason to think that nuclear weapons are needed to prevent violations.

Are nuclear weapons needed to deter the use of B and C weapons?

It is argued that nuclear weapons cannot be disinvented. However, this is not a reason to keep them. If the teams which developed and maintained these weapons were dispersed, the reinvention could take some time, thus introducing further barriers and escalation steps and allowing time for the international community to react. In addition, the deployment of the main delivery systems for nuclear weapons should be prohibited. In this way any military use of re-invented nuclear weapons would be further delayed.

5. Control and verification

Technical means for verifying the absence of nuclear weapons are in principle available.

There will of course have to be "any time any place" inspection without the need to seek permission from the state concerned. Moreover, in order to remove any suspicion of clandestine activities, all research and development should be open to the extent necessary for that purpose.

A conscientious controlling means 'any time any place' inspection

The Convention should include the requirement that all states make it a citizen's duty to report any suspected infraction to an international authority. There may be states where citizens will be afraid to do this, and the international processes of inspection in these states will have to be more intense.

Scientists, engineers, and technical staff who work in civilian nuclear research activities and in nuclear power generation must understand that they have a special responsibility to ensure the integrity of the NWC.

6. Security in a NFWF and enforcement

Any illegal development, threat of use of nuclear weapons, or actual use, could adequately be dealt with a whole variety of measures ranging from diplomatic efforts, mediation, peace keeping, non-military intervention and economic sanctions to the threat of the use, or actual use, of conventional military force as a last resort.

The use or threat of use of nuclear weapons has played no significant part in the world security structure for 50 years and there is no reason why this should not continue; the disappearance of nuclear weapons will in no way damage the existing security structure. Indeed we have already given reasons for thinking it would be strengthened (see I.1.).

The disappearance of nuclear weapons could strengthen the security structure of the world

It is reasonable to assume that a world in which states have agreed to move towards a NFWF would be one in which the world security structure has already been improved in other ways - for instance, in agreeing that the use of military power is generally discouraged and its only legitimate use as a last resort should be under the auspices of the UN or a body recognized by the UN as a regional security organisation. The UN Security Council should be made more democratic; there should be no bias in favour of the current nuclear weapon states.

7. Agenda for moving towards a NFWF

The immediate part of the agenda towards a NFWF includes steps such as the agreed reductions in nuclear arsenals, a Comprehensive Test Ban Treaty (CTBT), as well as the closure and dismantling of the military facilities for the production of nuclear material. A vital part of the programme is a No-First-Use Treaty, which should be concluded very soon.

Immediate steps: a CTBT and No-First-Use Treaty

The intermediate part of the agenda towards a NFWF includes further deep reductions in nuclear arsenals of the five recognized nuclear weapon states; constraints on the deployment of nuclear weapons on territories of other countries; and the removal of nuclear warheads from strategic and tactical missiles and storage in national

repositories. The programme will, furthermore, see the establishment of nuclear-weapon-free zones (NWFZ), a global moratorium on further production and development of nuclear weapons and a production cut-off of weapon-grade fissile material. This will be supplemented by an international inventory of fissile material and enforcement of improved safeguards and monitoring systems on all remaining nuclear facilities.

Additional steps include a ban on testing ballistic delivery systems, full implementation of the CWC with global adherence, development of a verification system for the BWC and a comprehensive UN register of conventional and nuclear arms as well as UN reports on military expenditure.

Once the terms of the Nuclear Weapon Convention have been agreed all nuclear arsenals should be reduced to zero, rather than held at a low level. The suggestion

that the UN have a cache of nuclear weapons under its direct control is not a practical way to avoid the unstable situation caused by small numbers of nuclear weapons. The UN will never be able to maintain a nuclear deterrent in a convincing way. So long as any nuclear weapons remain, the nuclear weapon states will be most unwilling to give up control of them to UN personnel coming from non-nuclear weapon states. This means that there would be a danger that the former nuclear powers could easily regain control of their nuclear weapons.

The final part of the agenda towards a NFWF will transform all five recognized

**Steps towards a NFWF:
removal of warheads;
deep reductions of nuclear arsenals; establishment of NWFZs;
a production cut-off**

A UN nuclear deterrent will never be convincing

nuclear weapon states as well as the de-facto nuclear weapon states into non-nuclear weapon states, possibly via regional approaches. The remaining global nuclear arsenal will be dismantled under international inspection. The Nuclear Weapon Convention will come into force. All weapon-usable material will be transferred to an international authority for possible civilian use in the future. Nuclear technologies and activities like separation of plutonium and high enrichment of uranium for the production and refinement of weapon-usable material will be made illegal.

Some selected major steps are dealt at greater length in the second part of this document.

The final part: transforming the nuclear weapon states to non-nuclear weapon states and making production and use of weapon-usable material illegal

II. Major steps towards a NFWF

1. 'Disarmaments race' between the nuclear weapon states

Further nuclear disarmament is not only necessary for strengthening international security and peace but also for reinforcing article VI of the NPT. The START

II Treaty limits the US and Russian deployed strategic nuclear warheads to 6,500 in the year 2003, but exceeds the arsenals of the medium nuclear weapon states by a factor of 5 to 8. Further reduction to 1,000 warheads each for the US and Russia in the framework of a START III treaty would be a solid basis for the inclusion of the smaller nuclear weapon states. Negotiated limits on the remaining tactical nuclear weapons should be envisioned. It is time now that the smaller nuclear powers should join the negotiations.

Nuclear disarmament reinforces article VI of the NPT

The reduction and dismantlement of nuclear warheads should be irreversible and

requires a cutoff of the production of fissile material for weapon purposes. A US-Russian collaboration to establish a verifiable control regime for their weapon fissile material could pave the way for the inclusion of the medium nuclear weapon states. International safeguards for the retired fissile material is necessary to build up international confidence. Unsafeguarded fissile material production should be prohibited.

Dismantlement should be irreversible

A first step in this direction would be the exchange of information about surplus stockpiles as well as the remaining arsenals. An international organization could carry out the monitoring of the fissile material. To improve crisis stability and to prevent accidental and unintentional use of nuclear weapons, the USA and Russia should separate the warheads from their delivery systems.

2. Cutoff of production and disposal of nuclear-weapon-usable materials

A large surplus of weapon-grade fissile materials and tritium exists already and will increase in the near future. Civilian stocks of weapon-usable plutonium will exceed military stocks shortly after the turn of the century. Any attempt to control the potential use of weapon-usable material for weapon purposes has to include both military and civilian production and handling of weapon-usable material.

The control of weapon-usable material has to include military and civilian production

There are formidable arguments – economic, ecological, security, and waste disposal arguments – against extraction (i.e. reprocessing of spent fuel) and use of plutonium. Today, research reactors are the only civilian users of highly enriched uranium but these can be converted to the use of low enriched uranium.

A sustainable solution for dealing with weapon-usable nuclear material within the

framework of a NWF (or an irreversible transformation process aiming at this goal) requires a total ban on its use and the most sensitive production technologies. In the long run, such a ban has to cover particularly highly enriched uranium, plutonium in all isotopic compositions and tritium, since it must be made as difficult as possible for any state to begin the production of nuclear weapons again. Therefore, negotiations should strive for a Comprehensive Cut-off Convention in a stepwise process. The first step should be a multilateral agreement on a production cut-off for weapon purposes.

A Comprehensive Cut-off Convention should be reached step by step

The immediate steps should be to take nuclear weapons off deployment, put them into national repositories, count them and tag them under international monitoring. There, they should be dismantled, and the fissile material resulting from that should be stored, safeguarded and prepared for demilitarization at the earliest possible time.

Weapon-usable material should be safeguarded and demilitarized as soon as possible

For reasons of timing, non-proliferation and credibility, vitrification may appear the best method for disposing of the plutonium which results from nuclear weapon dismantlement. Though the overall costs of the MOX option and vitrification are about the same, costs should be secondary to security policy and environmental safety in choosing the best method. However, none of various proposed options to demilitarize plutonium is sufficiently safe and technically proven yet and more research efforts are necessary.

Security policy and environmental safety are much more important than the aspect of costs for a sustainable solution for plutonium disposal

3. Beyond the MTCR: Non-proliferation and disarmament of nuclear capable delivery systems

A number of possible measures for limiting systems that could be used to deliver nuclear weapons, going beyond the current Missile Technology Control Regime (MTCR), could complement and facilitate the elimination of nuclear weapons: The ballistic missile threat could be removed most

effectively by a Ballistic Missile Convention (BMC). A Flight Test Ban (FTB) for ballistic missiles would be an initial step in stopping the development of new missile types. An international control body could be set up to verify that space technology was not used for the development and production of ballistic missiles.

Cruise missiles potentially pose a proliferation threat comparable to that of ballistic missiles and attack aircraft. Cruise missile non-proliferation efforts, such as the MTCR, should be continued and, if possible, expanded. However, it may be necessary to adopt arms control approaches that deal with the similarities between attack aircraft and cruise missiles, and between their underlying technology bases.

Many countries have deployed aircraft for national defense which could be used to deliver weapons of mass destruction. To prevent military aircraft proliferation, states could include limits on the numbers and capabilities of military aircraft in their regional arms control regimes. A global ban on new types of combat aircraft would prevent both vertical and horizontal proliferation in a non-discriminatory way.

To address the possibility that nuclear weapons could be deployed much more widely on submarines, a first step would be the creation of an international control regime, similar to the MTCR, focusing on technologies critical for advanced submarines. Joint naval task groups operated by the UN could monitor, and if necessary, control the operation of diesel submarines during crises.

The ABM Treaty, which restricts US and Russian strategic defense systems, still has a vital role to play in bringing about further reductions of nuclear weapons and in helping to stem nuclear proliferation. The attempt by the United States to modify the ABM Treaty, in order to be able to legally develop and deploy some of its planned theater missile defense systems, could damage the arms control and non-proliferation efforts of many nations.

International space cooperation and aerospace conversion efforts could both facilitate and benefit from a transition to a nuclear weapon free world. Long-term and irreversible conversion strategies need to include conversion of the large R&D complexes and preventive arms control measures aimed at restricting destabilizing technical developments. A new regime ("Rockets for Peace"), established under a World Space Development Organization (Fund), would provide new nations with access to space using the capabilities of the established space powers. Space weapons should be outlawed.

Steps beyond the MTCR: a Ballistic Missile Convention; a Missile Flight Test Ban; or bans on new types of combat aircrafts and cruise missiles

The ABM Treaty: a vital role for reducing nuclear arsenals

4. Regional approaches towards a NWFZ

In Latin America, a regional nuclear-weapon-free zone (NWFZ), together with the Argentine-Brazilian agreement for joint accounting and control of nuclear materials, has proved to be a successful way for keeping a region nuclear-weapon-free. The process of negotiating such agreements naturally involves the introduction of confidence-building measures and mutual security arrangements. As in Latin America, such regional agreements can also include an additional safety system, with the participation of the IAEA.

The NWFZ in Latin-America is a proved successful way

Regional NWFZ negotiations including the five NPT nuclear weapons states is one way of looking at the process these states have to undertake to comply with their NPT Article VI obligation to "pursue negotiations in good faith on effective measures relating to cessation of the nuclear arms race at an early date and to nuclear disarmament..." That is what they promised to do in the treaty and that is precisely what a NWFZ negotiation is aimed at.

Despite significant progress in the START and INF negotiations in reducing the nuclear arsenals of the United States and Russia, these negotiations do not have zero as their explicit final target, and so are unlikely to reach that end.

NWFZs are an important way in which the non-nuclear weapon states can seize the initiative in the non-proliferation arena, by declaring their regions to be off-limits for nuclear weapon deployment, use, or threat of use. As such off-limits regions spread around the world, international pressure will build up on the nuclear weapons states to accept the idea of a NWFZ and reciprocate fully.

NWFZs build up international pressure on nuclear weapon states to accept the idea of a NWFZ

IALANA: FROM THE NPT to a NUCLEAR-WEAPON FREEDOM

10 Theses for Discussion

1. *Universal membership in NPT*

After the NPT was extended for an unlimited time period in May 1995 the next aim should be to achieve universal membership of all existing nations, particularly Pakistan, India and Israel.

2. *Cooperation of Confederations*

Furthermore it should be insured that nations which merge with one or several others to form a new nation or confederation (subject of international law) are bound by the regulations of the NPT, especially Article II which prohibits the manufacture, purchase or possession of nuclear weapons. This applies particularly to the European Union (EU) which is currently being formed. It must join the NPT as a non-nuclear contracting party.

3. *Exclusion of the Option to Rescind*

One aim should be that all contracting parties sign a supplemental agreement in which they relinquish the right accorded to them in Art. X para. 1 of the NPT to decide autonomously to withdraw from the contract.

4. *Abolishment of the so-called wartime provisos*

It must be made perfectly clear that the wartime provisos that the USA and NATO at times enlist are in no way compatible with either the wording or the spirit of the NPT.

On 10 July 1968, in connection with the ratification of the NPT in the US senate, Rusk - US foreign minister at the time - said: the NPT "does not deal with regulations governing the deployment of nuclear

weapons on allied national territory since these do not encompass proliferation of nuclear weapons, or the disposal of them, in as much as and not until a decision is made to wage war, at which time the contract would no longer be relevant." (from "Denkschrift der Bundesregierung zum NPT, in: Bundestagsdrucksache 7/1994, p. 17).

In everyday usage this interpretative statement, given by the US government and expressly presented by the German Federal Government in the course of parliamentary legislative procedures, means that the NPT would be invalid ("...no longer relevant.") in the event of military conflict ("decision is made to wage war,..."). In other words: In a situation in which it is particularly important to prevent the use of nuclear weapons, as well as their proliferation to non-nuclear nations, i.e. military conflict, the NPT would become invalid and irrelevant. Furthermore, in order for this to happen all that is needed is a "decision...to wage war".

If this were lawful, the NPT would no longer have any foundation.

5. *Exclusion of the German Federal Armed Forces from "nuclear participation"*

- 5.1 Just as other NATO armed forces, the German Federal Armed Forces has been equipped since the 1950s with the so-called nuclear support systems (previously Pershing rockets; currently Tornado aircraft). Ever since Germany's accession (which became valid in 1975) to the NPT a new situation arose - as seen from the standpoint of international law - with respect to Germany's "nuclear participation".

According to Art. II NPT, Germany - just as other non-nuclear nations - is "enjoined ... not to accept nuclear weapons or other nuclear explosive

devices, nor the power of disposal over them, from anyone either directly or indirectly."

- 5.2 If now, in connection with the current restructuring of the German Federal Armed Forces an preparation of "out of area" operations in accordance with the new "Konzeptionellen Leitlinie zur Weiterentwicklung der Bundeswehr" (Conceptional Guide for the Further Development of the German Federal Armed Forces) of 12 July 1994 for the "crisis quick-strike forces" of the German Federal Armed Forces among other things, talk is of "quickly dispatches moveable forces" in the form of 6 German airborne Tornado squadrons "for air strikes, airborne defense, reconnoitering and nuclear participation" (cf. *ibid.*, p. 7), the question of compatibility which Art. II NPT arises.

According to a statement quoted in the German weekly "Die Zeit" on precisely this question, the German Ministry of Defense defined "nuclear participation" as it pertains to the German Federal Armed Forces as "Providing the alliance with a limited number of (German) Tornado aircraft as support systems." (cf. *die Zeit*, 12 Aug. 1994, p. 4). In concrete terms this means that whenever conflict arises, German Tornado aircraft - complete with German troops and pilots - will be sent into action possibly equipped with nuclear explosives and weapons, i.e. their services will be offered by way of supporting the alliance.

This is not compatible with Germany's internationally binding agreement to not accept the power of disposal over nuclear weapons "from anyone either directly or indirectly". A transgression of laws currently in force should not be tolerated. The German Federal Constitutional Court should be called upon to decide such situations.

6. Fortification of the NPT control regime

6.1 Expansion of the IAEA's controlling rights

So far the IAEA's control system has been based on a system of "instrumentalized control of the flow of reactor fuel" and basically encompasses only declared nuclear activities in fixed material balance zones as well as at key points of measurement and other strategic points.

That this control system is faulty was evidenced by the recent failure of the IAEA to detect Iraq's secret nuclear ambitions.

- 6.1.1 The IAEA must have the right to unlimited inspection at any time and unannounced at all locations and sites - to the extent that such action is necessary to carry out its role as controlling authority.
- 6.1.2 The IAEA's rights to control and to information must be expanded to include the planning and construction phase of nuclear installations. This is particularly true for installations intended for export.
The IAEA must have the right to demand changes in the installation if it would increase efficiency of control.
- 6.1.3 No nation or installation operator should have the right any longer to send away inspectors sent by the IAEA without giving any sound reasons for this. Nor should they be allowed any longer to refuse to allow such inspectors access to certain installations.

- 6.1.4 IAEA inspectors should be outfitted with travel documents which allow them to travel freely at any time as part of their job of exercising their controlling rights.
- 6.2. **Reform of the IAEA**
- 6.2.1 The IAEA's financial situation should be such that it can hire a sufficient number of qualified controlling inspectors (with the corresponding appropriate term of office.).
The previous annual budget of the IAEA control regime in the amount of 60 million US \$ is not sufficient.
The IAEA must be given its own income venues stemming from member nations (cost-covering charges for control measures that have been carried out; basic equipment).
- 6.2.2 It should be considered whether it might not be better to separate the IAEA into one control authority and one International Energy Agency. The reason for this is because there is conflict between the control tasks and the promotion tasks of the IAEA.
- 6.2.3 The IAEA controlling system should no longer be limited to (declared) nuclear material, but should be expanded to include all nuclear technology (incl. support systems), especially research and development in connection with nuclear know-how.
- 6.2.4 The IAEA should keep a register and all contracting nations should be obligated to announce their intention to transfer and export know-how and material having to do with nuclear weapons. This information would then be duly recorded in the IAEA register.

- 6.2.5 The IAEA should have the right to object to export procedures.

6.3 **Sanction mechanisms**

There must be a transparent, effective and constitutionally acceptable sanction mechanism within the UN system which, in the event of a transgression of control regulations, contravention of the NPT or of its disarmament treaties, would guarantee effective and timely sanctions.

6.4 **Including nuclear weapons nations in the NPT**

It is no longer acceptable that the nations in possession of nuclear weapons with their civil and military installations are excluded from controls with respect to the fulfillment of their duties as stated in the NPT.

6.5 **Suspicion-based inspections**

Any member nation which has suspicions about another member nation's loyalty to the treaty should have the right to demand that the IAEA undertake an inspection at short notice.

7. ***Legal protection before the International Court of Justice in the Hague***

The member nations - in a supplemental agreement to the NPT - should commit themselves to recognize the jurisdiction of the International Court of Justice as advisory and decision-making authority when there are disputes about the interpretation of the NPT and about fulfillment of obligations resulting from the NPT.

8. Enforcement and expansion of the responsibilities (Art. VI NPT) of nuclear weapons nations

Art. VI NPT requires of all member nations, especially of all nuclear weapons nations, that they conduct "honest" negotiations about effective measures

- towards ending the nuclear armaments race in the future,
- towards nuclear disarmament, and
- towards a contract for general and total disarmament under strict and effective international control.

8.1 In view of the clear wording of the provision, the member states - with respect to the prescribed negotiations - can argue about their nature, their modalities and their duration. They may not, however, question or ignore the objective of the deliberations (...that they conduct "honest" negotiations about effective measures...towards nuclear disarmament, and towards a contract for general and total disarmament under strict and effective international control.), stated in Art. VI NPT, lest they become guilty of breach of contract.

Refusal on principle to partake in negotiations about a total renunciation of nuclear weapons and especially a continued insistence on the option of the use, indeed, FIRST use, of nuclear weapons is contrary to the fundamental international obligation stated in Art. VI NPT and is against international law.

The NATO member nations and the other nuclear weapons nations which have so far refused to take part in negotiations concerning renunciations of nuclear weapons, and which refuse to reject the use of such weapons should be taken to task concerning their obligations resulting from Art. VI NPT.

8.2 Nuclear test ban treaties

The need for complete nuclear test ban treaties is urgent, whereby it must be insured that circumvention strategies and technologies are also prohibited and made impossible (incl. computer simulations of the further development of nuclear weapons).

8.3 Cut-off-treaties

Just as urgent and necessary is a treaty to prohibit the production of weapon-grade materials in amounts which are of significance for the manufacture of nuclear weapons (highly enriched uranium, plutonium in any isotope constellation, tritium).

8.4 Nuclear weapons freedom of the non-nuclear weapons nations

The nuclear weapons nations should immediately begin negotiations about a treaty which expressly

- prohibits storage of nuclear weapons anywhere outside of their own territory, and
- without exception, forbids the use of nuclear weapons against non-nuclear weapons nations.

8.5 Nuclear weapons convention

It is about time that the negotiations prescribed in Art. VI NPT "towards nuclear disarmament and total disarmament under strict and effective international control" begin. They should be geared towards the signing of a nuclear weapons convention which - after the meanwhile successful prohibition of B and C weapons - would also prohibit nuclear

weapons. Such a convention would especially have to encompass.

- the absolute prohibition to develop, manufacture, store or use nuclear weapons (either on land, sea, in the air or in space), or use such weapons as a threat;
- The clear statement that any use of nuclear weapons - even if used for defense purposes - will be considered a transgression of martial law and a "crime against humanity";
- The binding statement that all research and development of nuclear weapons, all war plans and all military strategy doctrines which prescribe the use of nuclear weapons are, in and of themselves, illegal, and

that all persons who knowingly participate in the elaboration of such plans shall be seen as collaborators or abettors of a criminal undertaking and will be criminally prosecuted by the proper national and international authorities;

- The express exhortation of all citizens of all nations to do anything in their power and take any necessary steps that will help to uncover transgressions of the nuclear weapons convention (and other disarmament treaties) and bring them to the attention of the UN or other controlling authorities without fearing that sanctions of any kind will be brought against the citizens themselves.

9. *Development of an international arms trade convention*

Independent of the mentioned steps towards disarmament in the nuclear weapons sphere there is also an urgent need for an international arms trade convention geared towards

- the development of a binding and encompassing register of all manner of weapons of war (first step),
- introduction of a prohibition (with some permitted exceptions) on importing or exporting weapons of war (second step), and - a limitation and tendential prohibition of arms trading (import/export) with weapons of war (third step).

10. Alternative security strategies

The greater object of a civilized world, namely, the non-aggressive solution of conflicts both within societies and between large collectives (groups of people, nations, confederations) can only be approached and achieved on many fronts simultaneously. Strategies geared at altering old patterns of cause and effect and structures which (may) lead to war must be oriented to the root of the problem and must always take into consideration the concrete historic conditions of the respective conflict potential.

The wealth of necessary political, economic, social, legal and other initiatives can not be expanded upon here.

"Alternative security strategies" are necessary whose development, planning and application is at least as complicated and personnel-intensive as those required for "military security strategies".

Nichtregierungsgremium "Atomwaffen Abschaffen"

Ein Gremium aus Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, die die Konferenz zur Überprüfung und Verlängerung des Atomwaffensperrvertrags beobachten

Stellungnahme

Die Beschlüsse der Delegierten bei der Überprüfungs- und Verlängerungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrags werden entscheidenden Einfluß auf die globale Sicherheit der Zukunft ausüben und müssen daher im Bewußtsein ihrer ethischen Dringlichkeit und in Verantwortung für die Menschheit gefaßt werden.

Eine sichere und bewohnbare Welt für unsere Kinder und Enkel und alle künftigen Generationen ist nur möglich, wenn wir das Ziel erreichen, die Welt von Atomwaffen zu befreien und für die Zerstörungen der Umwelt und das menschliche Leiden, die als Hinterlassenschaft aus 50 Jahren Atomwaffentests und -produktion erwachsen sind, Abhilfe zu schaffen.

Desweiteren müssen die unauf löbliche Verbindung zwischen "friedlicher" und kriegerischer Nutzung atomarer Technologie und die Bedrohung für künftige Generationen, die die Erschaffung und der Einsatz langlebiger radioaktiver Materialien mit sich bringen, bewußt erkannt werden. Wir müssen uns auf saubere, sichere, erneuerbare Formen der Energieerzeugung verlassen, die kein Material für Massenvernichtungswaffen liefern und nicht auf Jahrtausende hinaus die Umwelt vergiften. Das wahre "unveräußerliche" Recht ist nicht das auf Atomenergie, sondern das auf Leben, Freiheit und Unversehrtheit der Person in einer atomwaffenfreien Welt.

Eine atomwaffenfreie Welt kann nur behutsam Schritt für Schritt errichtet werden, darüber sind wir uns klar. Wir sind überzeugt, daß dies technisch machbar ist. Das einzige wirkliche Hindernis ist der Mangel an politischem Willen, insbesondere von Seiten der Atomwaffenstaaten. Genauso wie chemische und biologische Waffen verboten sind, müssen auch Atomwaffen verboten werden.

Wir rufen alle Staaten, vor allem die -erklärten und die tatsächlichen -Atomwaffenstaaten, auf, folgende Schritte zu unternehmen, um die Abschaffung von Atomwaffen zu erreichen. Außerdem legen wir den Delegierten dieser Staaten für den NPT dringend nahe, bindende Verpflichtungen zur Durchführung dieser Maßnahmen von den erklärten Atomwaffenstaaten zu verlangen und die Verpflichtungserklärungen im Abschlußbericht der Konferenz festzuschreiben:

1. Verhandlungen über eine Konvention zur Abschaffung von Atomwaffen, in der der stufenweise Abbau aller Atomwaffen innerhalb eines ausgearbeiteten zeitlichen Rahmens festgelegt wird und die wirksam dessen Überwachung und Durchsetzung regelt, sollen 1995 begonnen werden und bis zum Jahr 2000 abgeschlossen sein.*

2. Unverzügliche Zusicherung, unter keinen Bedingungen Atomwaffen einzusetzen oder mit dem Einsatz zu drohen.

3. Ein wirklich umfassender Atomteststoppvertrag soll rasch zum Abschluß kommen. Er soll keinerlei Vorbehalte enthalten, jedoch die ausdrückliche Absicht, die Entwicklung von Atomwaffen durch alle Staaten auszuschließen.

4. Die Produktion und die Stationierung neuer und weiterer atomarer Waffensysteme ist einzustellen. Der Abzug und die Demontage stationierter atomarer Waffensysteme soll begonnen werden.

5. Militärische sowie kommerzielle Herstellung und Wiederaufarbeitung aller waffenfähigen radioaktiven Materialien ist zu verbieten.

6. Alle waffentauglichen radioaktiven Materialien und nuklearen Anlagen sämtlicher Staaten sind internationaler Rechenschaftspflicht, Beobachtung und Sicherstellung zu unterstellen. Eine internationale öffentliche Registrierung allen waffentauglichen radioaktiven Materials ist einzuführen.

7. Forschung, Entwurf, Entwicklung sowie experimentelle Labortests von Atomwaffen einschließlich, jedoch nicht beschränkt auf nichtatomare hydrodynamische Explosionen und Computersimulationen sind zu verbieten. Alle Atomwaffenlabors sind internationaler Kontrolle zu unterstellen, alle Atomtestgelände sind zu schließen.

8. Weitere atomfreie Zonen sind einzurichten ähnlich den mit den Verträgen von Tlatelolco und Raratonga geschaffenen.

9. Der Einsatz von Atomwaffen oder seine Androhung ist öffentlich und vor dem Weltgerichtshof als ungesetzlich anzuerkennen und zu erklären.

10. Eine internationale Energieagentur ist aufzubauen, die die Entwicklung nachhaltiger und ökologisch sicherer Energieträger vorantreibt und unterstützt.

11. Es sind Mechanismen zu schaffen, die sicherstellen, daß Bürger und Nichtregierungsorganisationen an der Planung und Kontrolle des Prozesses der Abschaffung von Atomwaffen beteiligt sind.

Eine Welt ohne Atomwaffen ist eines der Menschheitsziele. Dieses Ziel kann nicht durch ein Nichtverbreitungsregime erreicht werden, das einer kleinen Gruppe von Staaten das Recht einräumt, Atomwaffen zu besitzen. Die gemeinsame Sicherheit von uns allen erfordert den vollständigen Abbau aller Atomwaffen. Wir erheben Einwand gegen die unbefristete und bedingungslose Verlängerung des NPT. Unser Ziel ist die fristgemäße und bedingungslose Abschaffung der Atomwaffen.

* Die Konvention sollte unumkehrbare Maßnahmen zur Abrüstung verfügen, unter anderem, jedoch nicht nur folgende: alle stationierten Waffensysteme abziehen und entschärfen; Sprengköpfe entschärfen und demontieren; Sprengköpfe und waffentaugliche radioaktive Materialien unter internationaler Aufsicht stellen; ballistische Raketen und andere Trägersysteme zerstören. Die Konvention könnte auch die oben aufgeführten Maßnahmen einschließen, die unabhängig davon unverzüglich durchgeführt werden sollten. Wenn sie vollständig erfüllt ist, würde diese Konvention den NPT ersetzen.

New York, 25. April 1995

Unterzeichner: Mitglieder des Gremiums von Nichtregierungsorganisationen zur Abschaffung von Atomwaffen und anderer Gruppen (siehe Auflistung auf der folgenden Seite)

ORGANISATIONS

supporting the Statement of the NGO Abolition Caucus,
as of May 5, 1995

7th, 9th, 10th, 13th
Districts
United Nations, Ghana
Tierra, Spain
Foundation for Peace Studies
Paris, France
Architects/Designers/
Social Responsibility
Instituto para
de Natura, Brazil
NGOs of Aotearoa/NZ (ANGOA)
USA
Peace Action
Africa, USA
Alliance for Development, Bulgaria
Initiatives to Tordis, USA
Committee Against Tordis, USA
More Democratic UN
More Effective UN
Nuclear Disarmament, UK
Nuclear Sanity, Pakistan
Initiative of Women for Peace
Initiative for Nuclear Responsibility
Alliance
Magdalene House
Common Future
Study of Conflict, Baltimore, MD.
Centre for Non-Violence, Montreal
UK
Initiative to Chemical Contamination, USA
Initiatives to Radioactive Dumping
or Information Center, Japan
Ending Nuclear Arms, USA
Land
Peace Action
Oppose the Arms Trade, Ottawa
Initiative of Peace
Solidarité tiers-monde, Quebec
Center Among Arab Peace Organizations
Committee of International Network
and Scientists against Proliferation
Initiative for Justice and Peace Group,
Scotland
Initiative against Pollution, USA
Initiative for Arms Reduction
Initiative Forum, Scotland
Initiative Festival, Scotland
Indian Peoples Council, Inc.
Methodist Church
Initiative Council
Initiative Paris, France
Initiative
Initiative & Security Studies
Integrated Development, Pakistan
Initiative Research on International Environment,
Stability and Security (FRIENDS),
Pakistan
Initiative Poland
Initiative Forum
Initiative International
Initiative Societies in America
Initiative de Application y
Initiative des Ciencias, Columbia
Initiative Work Centre, India
Initiative for Peace International Sacramento,
USA and Northland (WI) Chapters
Initiative International
Initiative New
Initiative Peace and Justice Fellowship

IALANA Germany
IALANA Norway
INAFORM, Yemen
Initiative for Peace, Norway
Institute for Defense Studies and Analysis, India
International Council for Peace & Justice
International Association of Lawyers Against
Nuclear Arms (IALANA)
International Campaign for Nuclear Disarmament
and Non-Proliferation
International Clearinghouse on the Military
and the Environment
International Mahatma Jai Mission
International Movement of Conscientious
War Resisters in Israel/Palestine, Israel/Palestine
International Network of Engineers and Scientists
for Global Responsibility
International Peace Bureau
International Physicians for the Prevention
of Nuclear War (IPPNW)
International Society for Traumatic Stress Studies
IPPNW Germany
IPPNW New Zealand
IPPNW Norwegian Section
Israeli Committee for Mordichai Vuzman, Israel
Japan Center for Sustainable Environment & Security
Japan Congress against A & H Bombs
Jewish Peace Fellowship
Kansas City Results, USA
Korea Church Coalition
Korean Federation for Environmental Movement
Lawyers Committee on Nuclear Policy
Les Verts France
Liverpool Conversion Project
Long Island Alliance for Peaceful Alternatives, USA
Los Alamos Study Group
Make 1995 A turning point:
Towards a Nuclear-Free World
Manhattan Project II
Midway Women for Peace
Mountaineers' and Nature Friends
Association of Limassol, Cyprus
Mouvement de la Paix
National Peoples Campaign
Navada Desert Experiment, USA
New York LAWIS
New Zealand Foundation Peace Studies
No to Nuclear Weapons (Norwegian CND)
Northern Norway Campaign against
the Nuclear Threat in the North
Norwegian Peace Alliance
Nuclear Age Peace Foundation
Nuclear Free America, Western And Eastern Office
Nuclear Free and Independent Pacific
Nuclear Free Zones
Ottawa Disarmament Coalition
Pacific Campaign for Disarmament and Security
Pacific Conference of Churches
Pax Christi
Pax Christi, San Francisco, Bay Area Chapters
Peace Action
Peace Action, Bay Area
Peace and Justice Resource Centre,
Edinburgh, Scotland
Peace Links/Pax World Service
Peace Movement Aotearoa
Panama Comprehensive Test Ban/
Non-Proliferation Treaty Coalition, USA
People for Peace

Physicians for Social Responsibility (PSR),
New Mexico
Platonism Free Future, Int. Women's Network
Platonism Free Future, Japan
Proposition One Committee, Washington, DC
PSR/IPPNW Switzerland
Raging Grassies, Montreal
Raging Grassies, Ottawa
Raging Grassies, Toronto
Red Ambiental Peruana, Peru
Soursdale Campaign for Peace
Through Common Security
Scientists for Global Responsibility, Australia
Scientists for Responsibility
in the Nuclear Age, Norway
Scottish Christian Campaign for Nuclear Disarm.
Seattle Women Act for Peace
Sociedade Médicos de Física
Sociedade Brasileira de Física
Société terrestre pour l'abandon
de la Paix, Chocomaï
Solidarity for Peace and Reconciliation
of Korea (SPARK)
Soim Earth First!
Stop Essais France
Sustainable Development Policy Institute, Pakistan
Temple of Understanding
The Other Economic Summit (TOES)
Tri-Valley Citizens Against
a Radioactive Environment (CARES)
Veterans Against Nuclear Arms, Canada
Voix des Femmes, Quebec
War & Peace Foundation
War Resisters International
War Resisters League
West Islanders for Nuclear Disarmament
Western States Legal Foundation
Westmont Initiative for Peace
Women's International League
for Peace and Freedom (WILPF)
WILPF Aotearoa/NZ
WILPF France
WILPF Norwegian Section
WILPF Ottawa
WILPF, San Francisco Bay Area
Women for Ecology and Peace
Women for Peace, East Bay
Women's Action for New Directions
Women's International Initiatives for
Peace and Justice
Women's International League for Peace and Fr.
(WILPF), Ann Arbor
Worldview International Foundation, Norway
World Court Project International Steering Com.
World Court Project, Canada
World Court Project, UK

NGO NUCLEAR ABOLITION CAUCUS

An international caucus of accredited Non-Governmental Organizations participating in
the Nuclear Non-Proliferation Treaty Review and Extension Conference

May 10, 1995

TO ALL STATES PARTIES TO THE NPT

According to statements made during the NPT Conference, many
Delegations support stronger commitments to nuclear disarmament
than those which appear in the currently proposed official
documents.

*We therefore urge Delegations not to support an indefinite
extension of the Nuclear Non-Proliferation Treaty without being
certain that at least one final Conference document will include
the following commitment:*

**To initiate negotiations in 1995 on a
convention to eliminate nuclear weapons.**

Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons

Article VI: *Each of the Parties to the Treaty undertakes to pursue negotiations in good faith on effective measures relating to the cessation of the nuclear arms race at an early date and to nuclear disarmament, and on a treaty on general and complete disarmament under strict and effective international control.* Entered into force March 5, 1970

Nuclear Non-Proliferation Treaty Review and Extension Conference: April-May, 1995

STATEMENT OF THE NGO ABOLITION CAUCUS

The decisions of the delegates to the NPT Review and Extension Conference will powerfully influence the future of global security and must be taken with a sense of moral urgency and responsibility to humanity.

The true inalienable right is not to nuclear energy, but to life, liberty and security of person in a world free of nuclear weapons. The inextricable link between the "peaceful" and warlike uses of nuclear technologies and the threat to future generations inherent in creation and use of long-lived radioactive materials must be recognized. A secure world for our children and grandchildren and all future generations demands that we move toward a world free of nuclear weapons. At the same time, we must also move toward reliance on clean, safe, renewable forms of energy production that do not provide the materials for weapons of mass destruction and do not poison the environment for thousands of centuries.

We recognize that a nuclear weapons free world must be achieved carefully and in a step by step manner. We are convinced of its technological feasibility. Lack of political will, especially on the part of the nuclear weapons states, is the only true barrier. As chemical and biological weapons are prohibited, so must nuclear weapons be prohibited.

We call upon all states -- particularly the nuclear weapons states, declared and de facto -- to take the following steps to achieve nuclear weapons abolition. We further urge the states parties to the NPT to make extension of the treaty conditional upon binding commitments by the declared nuclear weapons states to implement these measures.

1) Immediately make a binding commitment to abolish nuclear weapons within a timebound framework and initiate and conclude by the year 2000 negotiations on a nuclear weapons abolition convention that requires the phased elimination of all nuclear weapons, with provisions for effective verification and enforcement.*

2) Immediately make an unconditional pledge not to use or threaten use of nuclear weapons.

3) Rapidly complete a comprehensive test ban treaty with no threshold for permitted nuclear tests and with the stated purpose of precluding nuclear weapons development by all states.

4) Cease production and deployment of new and additional nuclear weapons systems, and commence withdrawal and demobilization of deployed nuclear weapons systems.

5) Prohibit the production of all weapons-usable radioactive materials, "military" and "commercial".

6) Subject all weapons-usable radioactive materials and nuclear facilities in all states to international accounting, monitoring, and safeguards, and establish a public international registry of all weapons usable radioactive materials.

7) Prohibit nuclear weapons research, development, and testing through laboratory experiments including but not limited to non-nuclear hydrodynamic explosions and computer simulations, place all nuclear weapons laboratories under international control, and close all nuclear test sites.

8) Recognize the illegality of threat or use of nuclear weapons, publicly and before the World Court.

9) Establish an international energy agency to support the development of and promote sustainable and environmentally safe energy sources.

10) Create mechanisms to ensure the participation of citizens and NGOs in planning and monitoring the process of nuclear disarmament.

A world free of nuclear weapons is a shared aspiration of humanity. This goal cannot be achieved in a non-proliferation regime that authorizes the possession of nuclear weapons by a small group of states. Our common security requires the complete elimination of nuclear weapons. An indefinite and unconditional extension of the Non-Proliferation Treaty is an indefinite and unconditional extension of the status quo. Our objective must be definite, unconditional nuclear disarmament.

* The convention should mandate irreversible disarmament measures, including but not limited to the following: withdraw and demobilize all deployed nuclear weapons systems; disable and dismantle warheads; place warheads and weapons usable radioactive materials under international safeguards; destroy ballistic missiles and other delivery systems. The convention could also incorporate the measures listed above which should be implemented independently without delay.

This statement is endorsed by members of the Non-Governmental Organization (NGO) Abolition Caucus and other groups listed below.

WER ARBEITET FÜR DIE IALANA IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND?

DER VORSTAND:



Dr. **PETER BECKER** (geb. 1941), Rechtsanwalt und Notar in Marburg, Vorsitzender der Deutschen Sektion der IALANA, Mitglied des Board of Directors der Internationalen IALANA



Dr. **DIETER DEISEROTH** (geb. 1950), Richter am Oberverwaltungsgericht NRW in Münster, Bundesfachausschuß der Ri/in-nen, StA/innen in der ÖTV



BERND HAHNFELD (geb. 1939), Familienrichter in Hamburg, Mitglied von örtlichen und beruflichen Friedensinitiativen, u.a. der "Richter und Staatsanwälte für den Frieden" seit 1983



INGRID HEINLEIN (geb. 1945), Richterin am Arbeitsgericht in Essen, Mitarbeit in der ASJ und in "Dritte Welt"-Gruppen



OTTO JÄCKEL (geb. 1951), Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht in Wiesbaden; seit vielen Jahren engagiert in der Friedensbewegung



VOLKER LINDEMANN (geb. 1938), Vizepräsident des OLG Schleswig, Mitglied von örtlichen und beruflichen Friedensinitiativen, u.a. der "Richter und Staatsanwälte für den Frieden" seit 1983



PETRA MÖRBITZ (geb. 1951), Richterin am Verwaltungsgericht in Düsseldorf, Fachausschuß der Ri/innen, StA/innen in der ÖTV



RENATE REUPKE (geb. 19. 7. 1947) RAin und Notarin, Fachanwältin für Sozialrecht, 1 Sohn, seit ca. 8 Jahren neben anderen Dingen zunächst in der SPD, seit 2 Jahren in der IALANA mit Friedenspolitik befaßt.

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT:

Prof. Dr. **Michael Bothe**, Frankfurt -- Prof. Dr. **Wolfgang Däubler**, Bremen -- Prof. Dr. **Erhard Denninger**, Frankfurt -- Prof. Dr. **Bernhard Graefrath**, Berlin -- Prof. Dr. **Manfred Mohr**, Berlin, Frankfurt/Oder -- Prof. Dr. **Norman Paech**, Hamburg -- Prof. Dr. **Horst-Eberhard Richter**, Giessen -- **Elmar Schmähling**, Flottenadmiral a.D., Köln -- Dr. Dr. **Helmut Simon**, Bundesverfassungsrichter a.D., Karlsruhe

ALS MITGLIEDER UNTERSTÜTZEN IALANA u. a.

Dr. **Bernd Asbrock**, Bundessprecher der Ri/innen, StA/innen in der ÖTV -- **Adelheid Brandt**, Chefredakteurin der "Neuen Justiz", Berlin -- **Hans-Ernst Böttcher**, Präsident des Landgerichts Lübeck -- Dr. **Ninon Colneric**, Präsidentin des Landesarbeitsgerichts Kiel -- **Felicita Fertig**, Präsidentin des Verwaltungsgerichts Kassel -- Prof. Dr. **Götz Frank**, Staatsrechtslehrer, Universität Hannover -- Dr. **Klaus-Martin Groth**, Rechtsanwalt in Berlin -- Dr. **Ulrich Hambüchen**, Richter am Bundessozialgericht in Kassel -- **Horst Häuser**, Bundesvorsitzender der Neuen Richtervereinigung -- **Wilfried Hamm**, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Potsdam -- **Martin Hirsch**, Richter am Bundesverfassungsgericht a.D., verst. 1992 -- **Jörg Jordan**, Staatsminister, Wiesbaden -- Prof. Dr. **Ulrich Klug**, Justizsenator a.D., verst. Mai 1993 -- **Hannelore Kohl**, Vorsitzende Richterin am Hessischen VGH in Kassel -- Dr. **Jürgen Kühling**, Richter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe -- Dr. **Reinhard Marx**, Rechtsanwalt in Frankfurt -- Dr. **Ines Reich-Hilweg**, Juristin, Mainz -- Dr. **Ralf Rothkegel**, Richter am Bundesverwaltungsgericht -- **Sabine Stachwitz**, Direktorin des Amtsgerichts Oranienburg -- **Eckart Stevens-Bartol**, Richter am Landessozialgericht in München -- **Heinz Stötzel**, Richter am Finanzgericht, Düsseldorf, Präsident der Europäischen Richterergewerkschaft (MEDEL) -- **Ulrich Vultejus**, Bundesvorsitzender der Humanistischen Union -- Dr. **Reinhard Wiczorek**, Stadtrat für Arbeit und Wirtschaft der Stadt München